

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 254.

Donnerstag, den 29. Oktober 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Lage in Russisch-Polen.

Die russische Regierung braucht Geld und muß mit allen Mitteln dahin wirken, ihr Prestige im Auslande aufrecht zu erhalten, ganz besonders jetzt, wo die Balkanfrage aufgerollt wird. Beide Zwecke erfordern, daß sie die Lage im Innern möglichst vorteilhaft darstelle. Dies ist der Grund, warum plötzlich in Russisch-Polen der Kriegszustand aufgehoben wird. Dadurch soll dem harmlosen Mitteleuropäer demonstriert werden, daß die Regierung des Zaren selbst in diesem revolutionären Zeitalter des Reichs sich stark genug fühlt, um die Ordnung auch ohne solche außerordentlichen Maßnahmen aufrecht zu erhalten. Indessen ist in Wirklichkeit das Ding anders. Aufgehoben ist der Kriegszustand in den zehn Gouvernements Russisch-Polens mit Ausnahme des Gouvernements Petrikau und einiger Kreise der Gouvernements Kalisch und Radaum. Warum diese Ausnahme gemacht wird, ist sehr einleuchtend, wenn man weiß, daß das fragliche Gebiet der Sitz der Großindustrie ist. Im Gouvernment Petrikau liegen die Fabriksstädte Lodz, Tschestochau, Zawierzje, Pabianize, Zgierz, der Sitz der Textilindustrie, sowie das Kohlenrevier Dombrowa - Sosnowice, in den Kreisen der beiden andern Gouvernements liegen die Hüttenwerke und Fabriksorte, wie Okusj, Tomaszow usw. Kurz da, wo der Kampf des revolutionären Proletariats gegen Absolutismus und Kapital am schärfsten geführt wird, traut sich die Regierung nicht, den Kriegszustand aufzuheben. — Aber wer annahmen wollte, daß nun in dem übrigen Gebiete des Landes „normale Zustände“ eintreten, wäre sehr auf dem Holzweg. Im Gouvernment Warschau wird der Kriegszustand durch den „außerordentlichen Schutz“ ersetzt, in den andern Gouvernements durch den „verstärkten Schutz“. Das bedeutet, daß im Grunde alles beim alten bleibt und nur der Name geändert wird. Während des „Kriegszustands“ herrscht z. B. das Kriegsgericht, und der „Kriegsgouverneur“ kann nach eigenem Ermessen jeden Prozeß diesem Gerichte überweisen; beim „außerordentlichen Schutz“ bleibt das ungeändert, beim „verstärkten Schutz“ tritt nur die Änderung ein, daß nicht der „Kriegsgouverneur“, sondern der Generalgouverneur in Warschau die Bestimmung zu treffen hat. Nach wie vor kann also jeder Bürger vor ein „Gericht“ gestellt werden, das aus unwillkürlichen und zu sklavischem Gehorsam verpflichteten Offizieren besteht, die ohne viel Federlesens Todesurteile fällen. Also nach wie vor wälten die Schergen des Zaren über das Leben. Ebenso bleibt es den Gouverneuren vorbehalten, jede Zeitung, jeden Verein aus eigener Machtvollkommenheit zu schließen, ja selbst jedes Erwerbsunternehmen kann von ihnen aufgelöst und verboten werden. Allerdings — winzige Unterschiede bestehen. So kann während des Kriegszustandes der Gouverneur Verordnungen erlassen und die Nichtbefolgung derselben mit 3 Monaten Kerkerhaft oder 3000 Rubel Buße strafen, bei dem „verstärkten Schutz“ beträgt die höchste Strafe 3 Monate Polizeihaft oder 500 Rubel Buße; beim Kriegszustand kann der Gouverneur jede Schule schließen, bei „außerordentlichem Schutz“ darf er sie nur für einen Monat schließen, während die weiteren Maßregeln vom Ministerium erfolgen. — Der einzige Sinn ist also der, daß die Kompetenzen der verschiedenen Paschas etwas verschoben werden.

Nun bemesse man, unter welchen Bedingungen unsere Genossen in Polen arbeiten. Die „Konstitution“ hat so gut wie gar nichts geändert. Es gibt keine Pressfreiheit, kein Versammlungsrecht, kein Koalitionsrecht; wer ein Blatt, einen Ausruf, ein Buch revolutionären Inhalts druckt oder auch nur verbreitet, wird vor das Kriegsgericht gestellt. Wird ihm nachgewiesen, daß er einer „geheimen Organisation mit verbrecherischen Zielen“ angehört, so wird er unfehlbar zur Katoga, zur Zuchthausstrafe in Sibirien, verurteilt. Als eine solche Organisation wird jeder Gewerkschaftsverein angesehen, und als Beweis der Zugehörigkeit genügt es, wenn bei der Hausdurchsuchung eine gedruckte Quittungsmarke vorgefunden wird, oder wenn ein Spiegel als Zeuge auftritt.

Und trotzdem bestehen die Arbeiterorganisationen fort! Die Sozialdemokratische Partei läßt allen Schwierigkeiten zum Trotz, ihr Organ, „Das rote Banner“, ziemlich regelmäßig jeden Monat erscheinen und verbreitet in Hunderten von Exemplaren die im Auslande gedruckte wissenschaftliche „Sozialdemokratische Revue“. Außerdem reagiert sie auf alle wichtigen Vorgänge durch Flugblätter, die in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet werden. Vor kurzem wurde z. B. eine Flugchrift an die jungen Leute verbreitet, die zum Militärdienst einberufen wurden.

Ebenso bestehen die sozialdemokratischen Gewerkschaften fort. Hier ist zu bemerken, daß der sonderbare Streit in der russischen Sozialdemokratie, ob die Gewerkschaften mit der politischen Partei organisatorisch verbunden sein sollen, noch immer in Büchern und Zeitschriften mit großem Elan geführt wird. In der Praxis ist die Frage sehr einfach gelöst: solange die Gewerkschaften als Geheimbünde wirken müssen, ist eine Trennung zwischen Partei und Gewerkschaft gänzlich ausgeschlossen, da es eine unverantwortliche Zersplitterung der Kräfte wäre.

Indessen ist es selbstverständlich, daß die barbarischen Verfolgungen die große Masse der Arbeiter eingeschüchtern haben. Es wiederholt sich die alte Erfahrung: unorganisierte Massen sind zu beispiellosem Heroismus fähig, aber dieser Enthusiasmus kann tags-, im besten Falle wochenlang dauern, aber nicht Monate und Jahre. Die polnischen Arbeiter haben zweifellos schier Unglaubliches geleistet. Der politische Massenstreik im Herbst des Jahres 1905, die Demonstrationen im Januar 1906, die Märsche der letzten drei Jahre, die grandiosen Kämpfe gegen die Ausperrung in Lodz, das sind unvergeßliche Großtaten proletarischen Heldentums. Doch, wie gesagt, jahrelang können Hunderttausende von Menschen nicht in gehobener Kampfesstimmung verharren, die sie allen Gefahren und Entbehrungen trohnen läßt. Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1907 macht sich die Erschlaffung geltend, und sobald das eintrat, sobald die Arbeiterbataillone, das Massenangebot, nicht mehr aus eigenem Antriebe den Kampf zu führen bereit war, bekam die Konterrevolution die Oberhand. Jetzt stellte sich auch in den Organisationen Apathie, Fahnenflucht und Verrat ein. Es ging zurück und zurück. — Dabei wirkte ausschlaggebend ein übermächtiger Faktor ein, der schwerer zu bekämpfen war, als die Staatsgewalt, nämlich die wirtschaftliche Krise. Ihre Ursachen sind, die Hungersnot in Rußland und der verkappte Staatsbankrott. Diese Krise wirkt bereits seit dem Jahre 1905 und wird von Jahr zu Jahr schlimmer. Die Folgen sind klar: die Produktion wird eingeschränkt, die Unternehmer können die Hungerpeitsche schwingen nach Herzenslust. Das materielle Elend ist ein gefährlicherer Feind der Arbeiter, als selbst die Horden

Unter diesen Umständen reduziert sich die Aufgabe einer revolutionären Arbeiterpartei darauf, auszuharren, trotz aller feindlichen Gewalten, restlos an der Aufklärung der Massen zu arbeiten, die Kampfnaturen unter den Proletariern zusammenzuschweißen zu einer festgefügtten Organisation, damit — wenn eine neue Wendung eintritt, wenn die Chancen des Kampfes sich ändern — ein Kern da ist, um den sich die Proletariatsmassen scharen können. Dieser Aufgabe sucht die Sozialdemokratie gerecht zu werden und hat trotz des Kriegszustands ihre Position behauptet.

Zweifellos weniger erfolgreich war die sogenannte Polnische Sozialistische Partei. Mitten im Kampfe erlitt sie eine Spaltung, die die Folge der Unklarheit des Programms war. Heute hat der eine Flügel, die sogenannte „revolutionäre Fraktion“, kaum noch etwas mit der Arbeiterbewegung zu tun. Ihre Tätigkeit besteht in sinnlosen Bravourstücken, deren einziges Ziel der Raub von Staatsgeidern ist. Streichen, bei denen man zuweilen die Kühnheit bewundern kann, aber noch öfter die vollständige Hirnlosigkeit und das frevelhafte Spiel mit Menschenleben. Der andere Flügel neigt mehr und mehr zur sozialdemokratischen Taktik hin, ohne bis jetzt zu voller Klarheit gelangen zu können, was naturgemäß die Aktionsfähigkeit lähmt.

So fällt der Sozialdemokratie, die von Anfang an die Solidarität des Proletariats im ganzen Reiche als unumgängliche Notwendigkeit proklamierte und mit der russischen Sozialdemokratie organisatorisch verbunden ist, die schwere Aufgabe zu, das Banner des proletarischen Klassenkampfes zu verteidigen und hoch zu halten.

Die Regierung Nikolaus des Blutigen will die Welt glauben machen, daß selbst in Polen „Ruhe“ herrscht, deshalb hebt sie den „Kriegszustand“ auf; aber in Wirklichkeit bleibt alles beim alten. Der Kampf zwischen Absolutismus und Revolution wird weiter geführt — der Kampf auf Leben und Tod.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die heiligsten Güter der Edelsten und Besten.

Die „Kreuzzeitung“ zählt in schroffer Form ihren Einspruch gegen die Ausbehnung der Erbschaftsteuer auf Ehegatten und Kinder aufrecht. In keinem Falle werde sie und ihre Gefolgschaft einer solchen Steuer zustimmen, selbst dann nicht, wenn dadurch die Reichsfinanzreform scheiterte. Als Ersatz für die Erbschafts- bezw. Nachlasssteuer empfiehlt das Blatt der Hammer-, Kalk- und anderen Steine neben dem Spiritushandelsmonopol das Petroleumhandels- sowie das Reichselektrizitätsmonopol und, falls die Regierung hierfür nicht zu

haben sei, die Vermehrung der Matrikularbeiträge der Einzelstaaten. Wörtlich sagt das Blatt:

„Angesichts der Erhöhung der direkten Steuern in Preußen ist es ja begreiflich, daß sich die preußische Finanzverwaltung gegen jede irgendwie geartete Einkommensabgabe an das Reich mit aller Kraft wehrt, auch wenn sich das Reich mit der Forderung eines solchen durch Steuern aufzubringenden Beitrags an die Bundesstaaten und nicht an die Steuerzahler wendet. Aber um diesen Notweg, dessen große Bedenken wir keinen Augenblick übersehen noch verschwiegen haben, zu vermeiden, gibt es nur ein Mittel: man muß dem Reiche Monopole verleihen, wie sie die Einzelstaaten in ihren Eisenbahnen besitzen. Nun soll ja für das Reich das Spiritushandelsmonopol vorgeschlagen werden; aber es kann nur den fünften Teil der halben Milliarde abwerfen. Das Petroleumhandelsmonopol ist, wie es scheint, gar nicht in Erwägung gezogen; ebensowenig das Zigarettenmonopol. Das Reichs-Elektrizitätsmonopol, dessen Einführung jetzt oder nie möglich ist, scheitert an dem Widerspruch der Einzelstaaten. Alle diese Monopole hat die „Kreuzzeitung“ angedregt, und wir glauben bestimmt, daß die konservative Partei dafür eintreten würde. Statt dessen bietet man uns die höchst ominöse Steuer auf jeden Nachlaß über 20 000 Mk. und versichert uns, wir müßten die Verantwortung für das Scheitern der Reichsfinanzreform tragen, wenn diese, allem konservativen Denken widersprechende Steuer abschlägig. Wir lassen uns so nicht kaptivieren! Wie sich die konservative Reichstagsfraktion schließlich zu der conditio sine qua non der verbündeten Regierungen stellen wird, können wir heute noch nicht übersehen. Wir selbst halten unseren Widerspruch unter allen Umständen aufrecht. Für uns gibt es nur eine Alternative: entweder dem Reiche durch Monopole fortlaufende und ausreichende Einnahmen schaffen, oder ihm durch die Bundesstaaten einen Zuschuß geben, der den Wohlhabenden aufzuerlegen ist und also die allgemeine Belastung mit indirekten Abgaben in den Augen der Ärmern gerechter erscheinen läßt. Man wende uns nicht ein, daß die Errichtung von Reichsmonopolen weitere Milliarden von Reichsschulden nötig machen werde. Solche Schulden sind Vermögensverbesserungen. Hält man den Kredit des Reiches etwa für erschöpft, so fundiere man die Monopolschulden auf die Monopole selber und ihre Einnahmen, dann würden diese Anleihen selbst ohne Reichsgarantie einen guten Markt haben.“

Die Äußerung des feudalen Blattes, das den patriotischen Wahlspruch „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!“ führt, ist recht charakteristisch dafür, was das Sunkertum unter der von ihm ständig betonten „Vaterlandsliebe“ und „Opferwilligkeit“ versteht. Eher mag das ganze große „nationale Werk“ der Reichsfinanzreform zusammenbrechen, als daß die Kämpfer für „König und Vaterland“ sich dazu verstehen, einen auch nur halbwegs in Betracht kommenden Teil der durch ihre liederliche Finanzwirtschaft nötig gewordenen neuen Steuerlasten auf sich zu nehmen.

Neu ist ja allerdings diese eigenartige „vaterländische Geringfügigkeit“ der Sunker nicht. Als im Juni 1896 das neue Bürgerliche Gesetzbuch in Reichstagsrat zur Beratung stand und die Linke verlangte, daß die Hasen der „Edelsten und Besten“ sich nicht mehr unentgeltlich auf Kosten der kleinen Bauern, Rätner und Tagelöhner sollten sattfressen dürfen, da rückten ebenfalls die Kämpfer für Ordnung, Sitte und Recht in heiligem Zorn gegen ein solches Unsinnen vor und erklärten, daß, wenn ihren Hasen nicht das Recht gewährt würde, in den Feldern der Bauern und Tagelöhner auf deren Kosten zu fressen, sie schände Obstruktion treiben und den Reichstag durch Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit mattsetzen würden. Höher als das neue bürgerliche Recht stand ihnen die Nichtbeschränkung ihrer Hasenjagd. Und damals handelte es sich doch nur um die gutsherrschaftlichen Hasen, heute aber um das Verappen einigermaßen beträchtlicher Steuerjammen.

Steuerprojekte auf Vorrat.

Der Reichsfinanzdirektor Sydow ist ein vorsichtiger Mann. Da er seiner Sache bei der Reichsfinanzreform nicht sicher ist, hat er Steuerprojekte auf Vorrat gearbeitet. Wir sind in der Presse auf die Vermutung gestoßen, daß die von ihm vorgeschlagene Gas- und Elektrizitätssteuer nur als Kompensationsobjekt dienen, daß die Opposition sich an ihr die Zähne ausbeißt, um dann die übrigen Verbrauchssteuern um so bereitwilliger zu schlucken. Diese Annahme ist vielleicht etwas zu optimistisch. Aber als ziemlich sicher erscheint allerdings, daß sich für die Steuer auf Kraft und Licht im Reichstag keine Mehrheit finden wird. Auch

das Branntweinmonopol entbehrt nach der Meinung des Reichsfinanzsekretärs der pupillarischen Sicherheit. Er hat deshalb bereits Vorzüge für den Fall getroffen, daß das Monopol abgelehnt werden sollte. Wie die „Frankf. Ztg.“ mitteilt, hat er einen zweiten Entwurf zur Reform der Branntweinsteuer, ohne Monopol, ausgearbeitet, und der Reichstag wird die Möglichkeit haben, zwischen diesen beiden Vorlagen zu wählen. Vom Standpunkt des Reiches ist nach Ansicht der „Frankfurter Zeitung“ die Reform der Steuer vorzuziehen, da sie dem Reiche die gleichen Vorteile bietet wie das Monopol, ohne es mit der Pflicht der Preisgarantie für die Brenner zu belasten. Und da eine vernünftige Steuerreform zugleich der Spirituszentrale die Grundlage ihrer Existenz nehmen würde, so sei auch im Kampfe gegen die Zentrale das Staatsmonopol überflüssig.

Für die Beurteilung kommt es doch sehr darauf an, wie die „Reform“ gedacht ist und durchgeführt wird. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die Steuer nach agrarischer als das Monopol erscheint. Grundsätzlich ist die Sozialdemokratie weder für eine Branntweinsteuer irgend welcher Art, noch für ein Monopol. Selbstverständlich würde sie aber helfen, den Agrariern die ungerechte Liebesgabe zu entwinden, wodurch dem Reich allein eine Mehreinnahme von mehr als 40 Millionen zufließen würde.

Die Reichsfinanzreform gedeckt.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ teilt an leitender Stelle mit: Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Plenarsitzung die Vorlagen zur Reichsfinanzreform angenommen. Sie sind alsbald zum Druck gegeben und werden dem Reichstage unmittelbar bei seinem Zusammentritt zugehen. Den Vorlagen ist eine allgemeine Begründung beigegeben, welche die der neuen Reichsfinanzreform zugrunde liegenden Gesichtspunkte zusammenfaßt, die mit ihr verbundenen Zwecke klarlegt und die als Grundlage der neuen Forderungen festgestellten Bedarfsrechnungen enthält. Der Begründung soll eine Reihe von Zusammenstellungen beigefügt werden, die sich beziehen auf die Entwicklung und den derzeitigen Stand der derzeitigen Finanzen im Reich, Bundesstaaten, Kommunalverbänden, Gemeinden und sonstigen für die Erfüllung öffentlicher Zwecke geschaffenen oder zur Erhebung von öffentlichen Abgaben sowie zur Kontrahierung von Schulden berechtigten Körperschaften, ferner auf die Finanzen einer Reihe von anderen Staaten, die Entwicklung des Wohlstandes und der Steuerkraft und schließlich auf die Zusammenhänge zwischen dem Geldmarkt und der öffentlichen Finanzgebarung, speziell im Schuldenwesen. — Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hofft, heute mit Auszügen aus der allgemeinen Begründung beginnen zu können. Der Text der Steuerentwürfe wird sonach noch ein paar Tage hindurch verheimlicht.

Das Automobil-Gesetz.

Der gestern erschienene Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen stellt in seinem § 1 die Haftpflicht des Halters des Kraftfahrzeuges für Schäden fest, die durch das Kraftfahrzeug verursacht sind. Nur wenn er nachweisen kann, daß ihn oder die mit der Führung des Kraftfahrzeuges beauftragte Person kein Verschulden trifft, ist die Haftpflicht ausgeschlossen. Die Haftpflicht tritt auch dann nicht ein, wenn zurzeit des Unfalles der Besetzte durch das Fahrzeug befördert wurde oder bei dem Betriebe des Fahrzeuges tätig war. Die Haftpflicht ist, wie folgt, begrenzt: Im Falle der Tötung oder Verletzung eines Menschen bis zu einem Kapitalbetrag von 50 000 Mark oder bis zu einem Rentenbetrag von jährlich 5000 Mark. Im Falle der Tötung oder Verletzung mehrerer Menschen durch dasselbe Ereignis, nur bis zu einem Kapitalbetrag von insgesamt 150 000 Mk. oder bis zu einem Rentenbetrag von insgesamt 9000 Mk. jährlich. Im Falle der Sachbeschädigung bis zu einem Betrage von 10 000 Mk. Wer ein Kraftfahrzeug führen will, bedarf der Erlaubnis der zuständigen Behörde. Die Erlaubnis, die für das ganze Deutsche Reich gilt, wird nach erbrachtem Nachweis der Befähigung erteilt. Die Fahrerlaubnis kann jederzeit dauernd oder für bestimmte Zeit durch die Verwaltungsbehörde entzogen werden. Die Strafbestimmungen sehen Gefängnisstrafen bis zu 3 Monaten oder entsprechende Geldstrafen vor.

Die Gewissenhaften.

Die bürgerliche Mehrheit des Gothaer Landtages hat das Mandat des Genossen Vock beanstandet. Die Behauptungen eines von bürgerlicher Seite erhobenen Protestes mußten freilich als unerheblich beiseite gelegt werden. Aber ein bürgerlicher Abgeordneter erklärte in der Debatte, man habe ihm erzählt, in einem Wahllokal habe der Polizeiort offen gestanden, so daß jeder hineintreten könne. Auf diese ganz vage Behauptung hin, die weder des Protestes hatten diesen wichtigen Vorfall ganz übersehen, wurde die Beamtung ausgesprochen.

Die Behandlung der Sache ruft in der Arbeiterchaft Gothas heftige Entrüstung hervor. Man zählt allenthalben das Geschick all dieser Beamtungs- und Ausschließungsgründe. Eine große Versammlung in Gotha hat bereits protestiert.

Ein nationaler Held.

Dem nationalliberalen Reichstagsabgeordneten des 6. hannoverschen Wahlkreises, Herrn Held, ist vor einiger Zeit durch Schöffengerichtsurteil nachgewiesen worden, daß er betrügerische Manipulationen in Gemeinschaft mit Terlingen ausgeführt hat. Die Verbrechen Terlingens haben dem Publikum bekanntlich 10 bis 12 Millionen Mark gekostet. Trotz dieses Urteils spielt Held in der nationalliberalen Fraktion keine parlamentarische Heidentolle weiter. Die nationalliberalen Parteistellen, vor allem die Reichstagsfraktion mit den Herren Baffertmann und Hieber an der Spitze, blieb allen Keimlichkeitsanwandlungen gegenüber handhelt, die aus der eigenen Partei kamen. So, man hielt den nationalen Helden sogar für würdig, als Landtagskandidat aufzutreten. Man deckte Herrn Held auf jeden Fall. Die Nationalliberalen betreiben die vollständige „Rehabilitierung“ ihres traurigen Helden. Sie hanteln dabei auf ihre unläuterste Weise das Ergebnis eines

Prozesses aus, in dem Herr Held jüngst von der Anklage des Betruges freigesprochen wurde, aber wohlgerichtet nur unter dem Gesichtspunkt der Verjährung! In der Sache der Erpressung und des Betruges tat das Gericht Herrn Held den Gefallen, seinen „guten Glauben“ anzunehmen. Ob die Berufungskammer in der bevorstehenden neuen Verhandlung des Beleidigungsprozesses sich dieser gutgläubigen Auffassung anschließen wird, ist sehr die Frage, ist aber für die moralische Wertung Helds völlig gleichgültig. Es genügt, daß Herrn Held betrügerische Manipulationen in Gemeinschaft mit Terlingen nachgewiesen sind. Tut nichts, die Nationalliberalen glauben dennoch, mit Herrn Held zu spazieren sei ehrenvoll und bringe Gewinn.

Reform der Arbeiterversicherung.

Die Konferenz von Vertretern der Berufsgenossenschaften, der Landesversicherungsanstalten und der Arbeitnehmer über die Reform der gesamten Arbeiterversicherung, wurde am Dienstag von dem Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg, im Beisein zahlreicher Vertreter des Reichs und der Bundesstaaten eröffnet. Der Beratung liegen folgende Leitätze zugrunde:

1. Die vielfach gewünschte Verschmelzung der verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung ist aus rechtlichen Gründen weder ratsam noch durchführbar.
2. Die bestehenden Körperschaften der Arbeiterversicherung, speziell der Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten, bleiben daher als selbständige Träger erhalten.
3. Es liegt aber sowohl in ihrem Interesse, wie in demjenigen aller beteiligten Volksschichten, daß — unter Wahrung des Gesichtspunktes zu 2 — der gesamte Aufbau der Arbeiterversicherung einheitlicher und durchsichtiger gestaltet und daß dabei mehr als bisher zwischen den verschiedenen Versicherungsträgern eine Fühlung hergestellt wird.
4. Zu diesem Zwecke sind die örtlichen Einrichtungen der Arbeiterversicherung, die zurzeit auf die verschiedensten Stellen zersplittert sind, zunächst bei einem gemeinsamen örtlichen Organe zusammenzufassen, dessen Funktionen auf dem Gebiete der Krankenversicherung hier unerörtert bleiben können, auf dem Gebiete der Unfall-, Invaliden- und demnächstigen Hinterbliebenenversicherung aber die eines „gemeinsamen Unterbaues“ zu sein haben.
5. Auch die für die Mittelinstanz geeigneten Geschäfte sind zunächst durch einheitliche Stellen zu erledigen.
6. Die höchste Instanz auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, das Reichsversicherungsamt, bedarf schon jetzt und mehr noch nach Übertragung der entsprechenden Geschäfte der Kranken- und Hinterbliebenenversicherung im Interesse der ordnungsmäßigen und einheitlichen Durchführung ihrer Aufgaben dringend der Entlastung.
7. Damit indessen diese Entlastung nicht unter Schwächung der bisherigen Rechte der Versicherten erfolgt, bedürfen die untere und die mittlere Instanz der Vervollkommnung.
8. Damit ferner die Entlastung nicht auf Kosten der Rechtseinheit erfolgt, muß Sicherheit geschaffen werden, daß die Entscheidungen der höchsten Instanz in Rechts- und grundsätzlichen Tatsachen von den nachgeordneten Instanzen gebührend beachtet werden.

Die heftigen Landtagswahlen.

Bei der gestrigen Landtagswahl wurde Offenbach Stadt und Offenbach Land von den Sozialdemokraten behauptet. Mainz ging an das Zentrum und an die Nationalliberalen verloren. Darmstadt wurde von den Nationalliberalen behauptet.

Rußland.

Ein Ankläger über die sibirische „Katorga“. Der schwedische Komponist Harteveld, der sich vor einiger Zeit, mit glänzenden Empfehlungen ausgerüstet, nach Sibirien begab, um russische Gefängnislieder zu sammeln, teilte der Redaktion der Petersburger Zeitung „Nomasja Rus“ seine sibirischen Gefängnisindrücke mit, die alles, was in letzter Zeit über die Greuel in der sibirischen „Katorga“ geschrieben wurde, in den Schatten stellen. Herr Harteveld sah mit eigenen Augen alle „Denkwürdigkeiten“ der Katorga, deren Existenz von den Soldatenschreibern der Zarenregierung gewöhnlich geleugnet wird. Er sah den berüchtigten „warmen Karzer“ im Tobolsker Gefängnis, in welchem die Gefangenen bei lebendigem Leibe gebraten werden, er sah daselbst eisendurchflochtene Knuten, die, obwohl laut Gesetz abgeschafft, in der Wohnung des Gefängnisdirektors Mogilew „für alle Fälle“ aufbewahrt werden. Er sah Gefangene, die von Selbstmordmanie ergriffen waren und den Tod als einzigen Erlöser herbeisehrten; er sah den politischen Gefangenen Suzinsky, der infolge der bei der Verhaftung erlittenen Mißhandlungen an der Schwindsucht dahinsiechte; er sah Gefangene (z. B. den politischen Gefangenen Lachtshoglo), die ihre eisernen Ketten zur Strafe auf dem nackten Körper tragen mußten und deren Beine darum eine offene Wunde darstellten, und er sah endlich Gefangene, die an Händen und Füßen gekettet im Hospital schwerkrank daniederlagen. Besonders charakteristisch sind seine Eindrücke im berüchtigten Akatjewischen Gefängnis. „Das erste, was mir dort auffiel — so erzählte er — war der Umstand, daß bei fast allen Gefangenen die Vorderzähne fehlten. Auf meine diesbezügliche Frage antworteten mir einige Gefangene, daß der Gefängnisdirektor Fedorow die Schuld daran trage. Der letztere erklärte mir in der Folge selbst während unserer Unterredung, daß er „mit einem Faustschlage nicht weniger als zehn Zähne aus dem Munde schlage“! Wie sehr diese Mitteilungen objektiv gehalten sind, ist daraus ersichtlich, daß Herr Harteveld sich gleich nach seiner Rückkehr aus Sibirien zum Ministerpräsidenten Stolypin begab, um ihn über die Zustände auf der „Katorga“ aufzuklären. Herr Harteveld war naive genug, zu glauben, daß diese Greuel ohne Wissen und Willen der Petersburger Regierung stattfänden, und betrachtete es offenbar als seine Bürgerpflicht, an die „konstitutionelle“

Gefinnung Stolypins zu appellieren. Dieser mag zwar nicht sehr erobert gewesen sein, an Stelle der erwarteten Mitteilungen über die Schönheit der sibirischen Katorga, auch an die barbarischen Zustände auf der Katorga erinnert zu werden. Er machte aber gute Miene zum bösen Spiel und versprach auf die liebenswürdigste Weise, den Schattenseiten des Gefängnislebens seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden“. Dies Versprechen wird ihn aber natürlich nicht hindern, die entsetzlichen Zustände auf der Katorga nach wie vor aufrechtzuerhalten.

Bombenwurf.

In Marand (nordwestlich von Lätis), im Hause des Gouverneurs, der in Lätis an der Spitze der Anhänger des Schahs gekämpft hat, explodierte beim Öffnen einer aus Lätis eingetroffenen Postsendung eine Bombe. 11 Personen wurden verwundet. Der Gouverneur und sein Sohn sind ihren Verletzungen erlegen.

Schweiz.

Über das Ergebnis der Nationalratswahlen wird noch geschrieben: Bei den Wahlen, die zum Teil bei sehr starker Beteiligung der Wähler stattfanden, wurden bis auf wenige Wahlkreise lauter definitive Resultate erzielt. Im 3. rührer Wahlkreis sind acht Bürgerliche mit 17 101 bis 17 856 Stimmen gewählt worden, während unsere neun Kandidaten 13 441 bis 16 000 Stimmen erhielten. In Schwyz kommt der Demokrat Dr. Weststein mit 13 380 Stimmen. Es bleibt abzuwarten, ob er vielleicht zugunsten unseres Genossen Greulich mit seinen 16 000 Stimmen zurücktritt. Der Bürgerverbändler erhielt 4963, der Christlichsoziale 2047 Stimmen. Im Winterthurer Wahlkreis ist Genosse Dr. Studer, der auf allen Listen stand, mit 14 469 Stimmen gewählt worden. Unser Kampfkandidat Walter erhielt 6475 Stimmen, um 730 mehr als 1905. Auch in einer ganzen Reihe anderer Wahlkreise ist unsere Stimmenzahl bedeutend gestiegen. Gewählt sind ferner die Genossen Scherrer, Regierungsrat in Korschach, Pfarrer Eugster, Präsident des Textilarbeiterverbandes in Appenzell, und endlich Advokat Ferri im Kanton Tessin. Eugster muß, da Geistliche nicht für den Nationalrat wählbar sind, von seinem Pfarramt zurücktreten. Von den Stichwahlen wird uns die in Basel sich die Wahl des Genossen Dr. Brühllein, vielleicht auch die des Genossen Frei, in Zürich womöglich die des Genossen Greulich bringen. Es kann also auf ein halbes Duzend sozialdemokratischer Vertreter im Nationalrat gerechnet werden. Diese Vertretung bleibt aber weit zurück hinter derjenigen, die unserer Partei gebühre und darum muß das gewalttätige Raubwahlsystem nach wie vor entschieden bekämpft und an der weiteren Erstarkung unserer Partei gearbeitet werden.

Belgien.

Die Arbeitslosigkeit. Der Stadtrat in Antwerpen bewilligte für die Arbeitslosen einen Kredit von hunderttausend Franken, die unter strenger Kontrolle zur Verteilung kommen sollen.

England.

Rundgebungen englischer Frauenrechtlerinnen. Der Sitzungssaal des Unterhauses war gestern abend wieder der Schauplatz einer von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts veranstalteten Rundgebung. Während der Beratung des Lizenzgesetzes riefen von der Damentribüne mehrere Frauen unvermittelt in den Saal hinab: Wir verlangen das Stimmrecht für die Frauen! Fast gleichzeitig erhob sich auf der öffentlichen Tribüne ein Mann und warf mit dem Rufe: Ich fordere ebenfalls das Stimmrecht für die Frauen, einen Haufen Flugblätter in den Sitzungssaal. Er wurde sogleich hinausgeführt. Bei der Räumung der Damentribüne ergab sich, daß sich zwei von den Demonstrantinnen an der Brüstung festgebunden hatten, so daß ihre Entfernung mit Schwierigkeiten verknüpft war. Schließlich wurde die Ordnung aber wiederhergestellt. Der Saal war schwach besetzt, der Zwischenfall verursachte daher nur geringe Aufregung. Auch außerhalb des Hauses fand eine Rundgebung zugunsten des Frauenstimmrechts statt. Maßregeln gegen Arbeitslosigkeit. In der letzten Sitzung des Unterhauses wurde ein Plan des Ministeriums über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nach längerer Debatte mit 196 gegen 35 Stimmen angenommen, nachdem ein Amendement der Arbeitspartei, das diesen Plan für völlig unzureichend erklärte, mit 236 gegen 68 Stimmen abgelehnt worden war.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 29. Oktober.

Achtung, Zimmerer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Satow und Höpner die Sperre verhängt. In Betracht kommt der Bau Grühmühle.

Achtung Zimmerer! Über das Geschäft des Zimmermeisters Naumann in Schorff ist seitens der Zahlstelle Stockelsdorf der Zimmerer die Sperre verhängt.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Mädel, Fackenburg, Allee Nr. 51, Jabs, Werderstraße die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Görner u. Heidenreich: Fünfhausen Nr. 21—23, Grühmühle in der Hafenstraße, Seibau Markt, Kalthof bei Schwartau.

Achtung Bauarbeiter! Über die Seibbauarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinhaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Mädel und F. Jabs im Fünfhausen und über den Bau Hafenstraße (Grühmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Die Versammlung der Bürgerchaft, welche am Montag, den 2. November 1908, abends 6 Uhr stattfindet, wird folgende Tagesordnung zu erledigen haben: I. Mitteilungen des Senates. II. Antrag des Senates: 1. Antrag, betreffend Erbauung einer Brücke über die Trave unterhalb der Struckfahre u. v. d. a. III. Wiederholte Beratung der in der letzten Versammlung nicht erledigten Initiativanträge und Eingaben.

Der Bürgerausschuß erklärte sich in seiner gestrigen Sitzung gutachtlich für die Senatsanträge betr. Bewilligung von 30 000 Mark für die Verjorgung des Billenbaugebietes Cleebrück mit Gas (vom Besitzer des Geländes werden

4000 Mk. Sicherheit geleistet); 2. Nachbewilligung von 96 558,86 Mk. für die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindefinanzen; 3. Herstellung einer Wassergasanlage und Erweiterung des Gaswerkes II mit einem Kostenaufwand von 387 500 Mk. Zurückgezogen wurde vom Senat der Antrag auf Verwendung von Schlackensteinen vor der III. St. Lorenzschule bei der Neupflasterung der Schwartauer Allee. Die Baudeputation ist angewiesen, sowohl die Straßenstrecke vor der Schule, wie die vor der St. Matthäikirche mit Schlackensteinen zu pflastern. Es geht demnach auch ohne Zustimmung des Bürgerausschusses.

Beschleunigung der Beratung der Gewerbesteuer. Dem Bürgerausschuss lag gestern folgendes Senatsdekret vor: In dem Dekret vom 17. Juni d. J. mit dem der Senat den Bürgerausschuss um eine gutachtliche Äußerung über den von der Bürgerchaft vorzuliegenden Entwurf eines Gewerbesteuergesetzes ersucht hat, ist anzuführen, daß die Beschleunigung neuer Einnahmequellen, wie sie durch dieses Gesetz herbeigeführt werden soll, schon für das kommende Etatsjahr eine unabwiesbare Notwendigkeit sei, wenn das Budget für das nächste Rechnungsjahr nicht mit einem erheblichen ungedeckten Fehlbetrag abschließen soll. Inzwischen ist der Zeitpunkt, mit dem die Vorarbeiten für die Aufstellung des neuen Budgets in Angriff genommen werden müssen, nahe herangerückt. Da bis dahin die Grundlagen für die Gewinnung einer Übersicht über die dem Staat im neuen Rechnungsjahre zur Verfügung stehenden Einnahmen festgelegt sein müssen, ersucht der Senat den Bürgerausschuss um eine möglichst baldige Abgabe seiner gutachtlichen Erklärung. Beschlossen wurde, dieses Dekret der Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlage betreffend Erlaß eines Gewerbesteuergesetzes zur Kenntnisnahme zu überweisen. Will man am Ende die Steuer in den gesetzgebenden Körperschaften durchsetzen!

Ein schreckliches Baumglück ereignete sich heute vor-mittag um 11 1/2 Uhr in dem Pöschel'schen Neubau an der Ecke der Beckergrube und Kupferkniebestraße. In dem von der Firma Schulz u. Sohn aufgeführten Bau waren die Bauarbeiter Blank, Wichmann und Dorendorf im Kellerraum mit Betonarbeiten beschäftigt, als plötzlich die Betondecke über dem Keller geschoß — jedenfalls infolge zu starker Belastung — einstürzte und die drei Arbeiter verschüttete. Die sofort alarmierte Feuerwehr nahm die Rettungsarbeiten unter Leitung des Herrn Branddirektors Debitius und Assistenten der übrigen auf dem Bau beschäftigten Arbeiter vor. Um 12 Uhr konnte der erste Verschüttete ans Tageslicht geschafft werden; es war der Arbeiter Dorendorf. Herr Dr. Eichenburg, der die erste Hilfe leistete, stellte zwei bis drei Rippenbrüche, sowie eine Kopfverletzung fest. Jedenfalls hat D. auch noch innere Verletzungen erlitten. Mittels Sanitätswagens schaffte man den Schwerverletzten nach dem Krankenhaus. Noch bestand Hoffnung, daß auch die beiden anderen Verschütteten lebend herausgehoben werden könnten. Leider ging sie nicht in Erfüllung. Blank und Wichmann konnten nur als Leichen geborgen werden. Der Anblick war ein graufiger. Ob die Verunglückten verheiratet sind und wo sich ihre Wohnung befindet, konnten wir nicht feststellen. Erwähnt sei noch, daß die Betonarbeiten von der Firma Heidenreich u. Co. ausgeführt wurden. — Hoffentlich ergibt die eingeleitete Untersuchung, wen die Schuld an diesem betäubenden Unglücksfall trifft.

Die erste Volksvorstellung im Stadttheater findet am kommenden Sonntag nachmittag 3 Uhr statt. Zur Aufführung gelangt Lessings fünftaktiges Meisterstück „Minna von Barnhelm“. Der Eintrittspreis für alle Plätze beträgt 50 Pfg., wozu eine Garderobengebühr von 10 Pfg. kommt. Der Willkürverkauf findet am Freitag und Sonnabend abend von 8—9 Uhr an der Kasse des Stadttheaters statt. Die Plätze selbst werden ausgelost, und ist dabei Vorzorge getroffen worden, daß man auch zwei und drei nebeneinanderliegende Plätze erhalten kann, wenn man eine entsprechende Anzahl von Eintrittskarten löst. Die Volksvorstellungen sind in erster Linie für die minderbemittelten breiten Volksschichten bestimmt; die Direktion wird besonderen Wert darauf legen, denselben Musterhaftes zu bieten. Deshalb ist die Erwartung wohl berechtigt, daß die Arbeiter diese Veranstaltungen zahlreich besuchen, denn nur bei reger Anteilnahme ist es möglich, die Zahl der geplanten Volksvorstellungen zu vermehren.

E. Arbeitslosigkeit im Metallgewerbe. Aus vielen Städten wird über große Arbeitslosigkeit berichtet, so daß sogar an einigen Orten von den Behörden Schritte unternommen werden mußten, um dieselbe etwas zu mildern. Auch hier in Lübeck ist, ganz abgesehen von anderen Bezirken, die noch weit mehr davon betroffen sind, die Arbeitslosigkeit unter den Metallarbeitern gegenüber den beiden letzten Jahren eine ganz gewaltige. Der Metallarbeiterverband hatte im Jahre 1906 am 7. Oktober nur 6 Arbeitslose, welche 20 Tage feierten und hierfür 28,40 Mk. Unterstützung ausbezahlt erhielten. Am 5. Oktober 1907 waren 5 Arbeitslose mit 33 Tagen und 32,50 Mk. Unterstützung zu verzeichnen. Am 3. Oktober 1908 dagegen 36 Arbeitslose mit 273 Tagen und einer Unterstützung von 248,25 Mk. Folgende Tabelle gibt eine kleine Übersicht darüber, wie sich die Arbeitslosigkeit immer mehr gesteigert hat.

Datum	Zahl der Arbeiter	Dauer der Arbeitslosigkeit	Gezahlte Unterstützung
Am 13. 10. 1906	4 Arbeiter	13 Tage	20,50 Mk.
" 12. 10. 1907	6 "	22 "	30,75 "
" 10. 10. 1908	44 "	301 "	284,55 "
" 21. 10. 1906	6 "	27 "	35,50 "
" 19. 10. 1907	4 "	22 "	23,90 "
" 17. 10. 1908	53 "	302 "	348,65 "
" 28. 10. 1906	4 "	19 "	25,00 "
" 26. 10. 1907	3 "	15 "	28,70 "
" 24. 10. 1908	55 "	307 "	341,50 "

Im Durchschnitt waren vorhanden 1906 5 Arbeitslose, 1907 4,5 Arbeitslose, 1908 47 Arbeitslose. Es wurden im Oktober 1908 111,85 Mk. mehr ausbezahlt an Arbeitslosenunterstützung wie im Oktober 1907. Zu diesen Arbeitslosen kommen noch 14 Arbeitslose hinzu, welche entweder ausgeteuert, oder noch nicht bezugsberechtigt waren, so daß am heutigen Tage 69 Arbeitslose vorhanden sind.

Bevölkerungsbewegung im Monat September 1908. Die nachstehenden Angaben beziehen sich auf den ganzen Lübeckischen Staat unter Zugrundelegung der Meldungen des städtischen Standesamtes und der elf ländlichen Standesämter. Es wurden 63 geschlossenen gegen 57 im Vormonat (48 im Septbr. 1907). Lebendgeburten erfolg-

ten 315 gegen 279 im Vormonat (284 im Septbr. 1907). Unehelich geboren wurden 88, totgeboren 10 Kinder. Die Zahl der Sterbefälle betrug 143 gegen 184 im Vormonat (111 im August 1907). Der Geburtenüberschuss berechnete sich hiernach auf 172 gegen 115 im Vormonat (173 im Septbr. 1907). In den Monaten Januar bis Septbr. belief sich die Zahl der Eheschließungen auf 658 (gegen 608 im gleichen Zeitraum des Vorjahres), der Lebendgeburten auf 2429 (2376), der Sterbefälle auf 1875 (1808), der Geburtenüberschuss auf 1054 (1068).

pb. Ermittelter Zuhälter. In einer hiesigen Herberge ermittelt und festgenommen wurde ein Fensterputzer aus Dahsen, der seitens der königlichen Staatsanwaltschaft in Essen wegen Zuhälterei strafbar verfolgt wird.

pb. Festgenommen wurde ein Müller aus Mummendorf, der in einer hiesigen Herberge einen Winterüberzieher gestohlen hat.

pb. Güterberaubung. Heute wurden wiederum zwei Hagenarbeiter festgenommen, die an den Güterberaubungen beteiligt sind. Eine Hausdurchsuchung hatte den Erfolg, daß mehrere Paar Herren-, Damen- und Kinderschürmchen, Kabat, Tee, Backpulver, Drogenwaren, zwei Fahrradschläuche mit Ventilen und anderes mehr gefunden wurden.

pb. Gestohlene Wäsche. Aus dem Vorgarten des Hauses Blaudstraße Nr. 5 wurden am 27. d. M. ein neuer weißer Unterrock mit Spighen und Zwischenschaf und 3 Damenbekleider von der Trodensteine gestohlen.

pb. Unflug. Am Freitag den 23. d. M. ist vor dem Hause Falkenstr. 30 ein verzinkter Scheiner abhanden gekommen und vermutlich durch Unflug treibende Personen verschleppt worden.

pb. Fahrrad Diebstahl. Am 26. ds. Mts. gegen 6 Uhr abends wurde ein vor dem Hause Moislinger Allee 2b hingestelltes Fahrrad mit der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 5473, schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach oben gebogenen Lenkstange und Korngriffen gestohlen. Der eine Griff ist bis zur Hälfte abgebrochen. — Vom Flur des Hauses Sandstraße 19 ist am 27. ds. Mts. zwischen 12 und 1 Uhr mittags ein Fahrrad Marke „Seynert Lübeck“ mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, Freilauf, Rücktrittbremse, der Fabriknummer 148733 und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 8 gestohlen.

pb. Einbruch. In verfloßener Nacht wurde in der neuen Ewerschen Schamottfabrik bei Siems, die heute in Betrieb genommen werden sollte, ein Einbruch verübt und folgende Sachen gestohlen: 1 neuer etwa 12 Meter langer Dreibriemen, eine Anzahl Patentschmierbüchsen und 2 Stäuber mit Glasrohr aus Messing, mehrere Meter Kupferrohre in einer Stärke von 1/2 Zoll, 50 Bänderriemen von 1 Meter Länge und etwa 1 Ztm. Breite, und eine größere Quantität Abfalleber. Die Gegenstände wurden größtenteils von den erst neu montierten Maschinen entfernt.

Ein Wohltätigkeitskonzert findet morgen abend im Hansa-Automat statt. Da der Ertrag den in Not befindlichen Hinterbliebenen des verunglückten Zimmerparliers Dürkop überwiesen werden soll, ist ein zahlreicher Besuch zu erhoffen.

„**Natürlicher Gesundheitshersteller**“ wird ein angebliches Arzneimittel beworben, mit dem man von Amerika aus das deutsche Publikum zu kurieren gedenkt. Selbstverständlich nicht umsonst. Auch an hiesige Geschäftsleute sind von jenseits des großen Teiches Prospekte, Zirkulare und andere marktfeindliche Druckschriften gesandt, in denen sie verträulich erjucht werden, sich als Agenten zum Vertrieb des „natürlichen Gesundheitsherstellers“ zu verdingen. Uns scheint, als ob das Publikum Ursache hat, dem Gesundheitswiederhersteller, obwohl er „weit her“ ist, mit großem Mißtrauen gegenüberzugehen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Heute Donnerstag geht Beethovens große Oper „Fidelio“ in der bereits bekanntgegebenen Besetzung in Szene. Morgen Freitag, abends 8 Uhr, kommt die amerikanische Komödie „Wolkenkräher“ von Köppler und Heller zur noch-maligen Aufführung. — Am Sonnabend gelangt die mit so großem Beifall aufgenommene komische Oper „Fra Diavolo“ von Aubert in der bewährten Besetzung zur Wiederholung.

Schwartz. Eine gut besuchte Versammlung nahm hier gestern abend den Bericht von der Frauenkonferenz, den Genossin Leu erstattete, und den vom Parteitag, gegeben vom Genossin Stellung-Lübeck, mit Beifall entgegen. Eine Diskussion fand nicht statt.

Hinzeburg. Der plötzliche Tod des Zahlmeister-Applikanten Siebert vom hiesigen Jägerbataillon, der mit einer Stichwunde aufgefunden wurde und bald danach verschied, hat dahin seine Aufklärung erhalten, daß ihm der tobbringende Stich von einem Kameraden beigebracht ist, der ein Stilet, das durch Mechanik wieder in die Hülle zurückgebracht wurde, ihm auf die Brust gesetzt hatte, um ihm zu zeigen, wie es funktioniert. In animierter Stimmung ist dann der Stoß wahrscheinlich stärker gewesen, als er sein sollte. Der Apparat versagte und verursachte die tödliche Wunde.

Altona. In dem Privatbeleidigungsprozess des Reichsverbändlers Lehrers Karsten Brandt gegen unsere Genossen v. Rosbiski, Petersen und Wabersky vom „Hamb. Echo“ stand gestern aufs neue Termin an. Es handelte sich gewissermaßen nur um einen Informationstermin. Die Zusammenkunft der Strafammer, die am 24. Juni die Angeklagten v. Rosbiski und Petersen zu je 300 Mk. und Wabersky zu 3 Monaten Gefängnis verurteilte, welches Urteil bekanntlich vom Oberlandesgericht in Kiel aufgehoben worden ist, war gegen früher etwas verändert, indem an Stelle des Landgerichtsrats Bastian Landgerichtsdirektor Döffe mitwirkte und dieser auch den Vorsitz führte. Der Vorsitzende regte zunächst an, ob nicht eine außergerichtliche Erledigung der Angelegenheit möglich sei, worauf der Privatkläger Brandt erklärte, daß er zu einem Vergleich bereit sei, wenn die Angeklagten alles zurücknehmen würden, was ihn in seiner Ehre herabgesetzt habe. Die Angeklagten lehnten einen Vergleich ab. Eine Einschränkung der Beweisaufnahme, die von dem Vorsitzenden angeregt und von dem Rechtsbeistand des Privatklägers, Rechtsanwält Jacobson, unterstützt wurde, bekämpfte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Herz. Es wurde dann auch vom Vorsitzenden in Aussicht gestellt, daß, wenn das Gericht in seiner Gesamtheit nichts anderes beschließt, alle früher vernommenen Zeugen wieder geladen werden sollen. Neuer Termin wird wahrscheinlich am 9. Dezember angesetzt werden und für die Verhandlung, die im Schwurgerichtssaal stattfinden wird, sind drei Tage in Aussicht genommen worden.

Parburg. In den Brunnen geworfen. Von zwei Unbekannten will ein angetrunkenen Mann, der sich auf der Wache meldete, in der Nähe der Elbbrücke in einen Brunnen geworfen worden sein. Er wurde mit trocknen Kleidern versehen, mußte dann aber wegen seines erschöpften Zustandes dem städtischen Krankenhaus zugeführt werden. — **Attentat** auf einen Eisenbahnzug. Montag abend 6 1/2 Uhr ist gleich hinter der Elbbrücke, vermutlich von

der Grubestraße aus, auf den Lokalgug 1612, der um 8 Uhr 21 Min. Hamburg verläßt und 6 Uhr 48 Min. hier eintrifft, geschossen worden. Die Kugel durchschlug die Scheibe eines Abteils 1. Klasse, ohne glücklicherweise einen der Passagen zu verletzen. Die Scherben flogen im Rupee umher, ohne weiteren Schaden anzurichten. Andere Personen wollen drei Schüsse gehört haben.

Neumünster. Ein netter Stellvertreter Gottes. Vor einiger Zeit hatte sich der Sergeant St. von der 2. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 188 in Neumünster vor dem Kriegsgericht wegen Unterschlagung zu verantworten. Er hatte sich nämlich von einem seiner Untergebenen eine Taschenuhr entliehen und diese versteckt. Da der Musikfetter die Uhr nicht wieder bekommen konnte, erstattete er endlich Meldung. Vor dem Kriegsgericht behauptete St. dann, daß er die Uhr erst im Laufe des Tages, an dem er sie geliehen hatte, bei einem Wirte für 5 Mk. versteckt habe, als ihm das Geld ausgegangen war, und daß es ihm später nicht möglich war, das Geld zur Auslösung zusammenzubringen. Den Musikfetter zu schädigen, sei nicht seine Absicht gewesen. Das Kriegsgericht glaubte dem Angeklagten und verurteilte ihn unter Freisprechung von der Anklage der Fehllerei nur wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt zu zwei Monaten Gefängnis. Gegen dies Urteil hat der Gerichtsherr Berufung eingelegt, weil ihm zu Ohren gekommen, daß sich die Sache denn doch etwas anders verhalte, als der Angeklagte behauptet hatte. In der vor dem Oberkriegsgericht in Altona stattgehabten Verhandlung wurde festgestellt, daß St. die Uhr gleich nachdem er sie geliehen erhalten hatte, durch einen Soldaten zum Verkauf fortgeschickt hatte. Daraufhin wird das erstinstanzliche Urteil aufgehoben und der Angeklagte wegen Unterschlagung zu vier Wochen Mittelarrest und zur Degradation verurteilt.

Neustrelitz. Ein schrecklicher Unglücksfall. Auf zwei Wagen hatte eine Familie, die von Adamsdorf nach Bärenbruch übersiedeln wollte, ihre Mobilien verpackt. Der erste wurde von dem Ehepaar geführt, der zweite von dem Knecht und dem siebenjährigen Sohn. Diese hatten auf einem Tisch, der am vorderen Ende des Wagens stand, Platz genommen. Der Tisch geriet ins Wanken und fiel den Tieren auf den Rücken, die dadurch wild wurden. Der Knecht fiel hierbei so unglücklich vom Wagen, daß er mit dem Kopfe gegen einen Baum schlug und tot liegen blieb. Der Knecht wurde zwischen Rad und Baum totgequetscht. Die Eltern, die den Vorfall nicht bemerkt hatten, fuhren, nichts Böses ahnend, ihrem Ziele zu. Als sie aber, hier angekommen, ihre Begleiter vermißten, machten sie sich auf die Suche und fanden das erschütternde Bild vor.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Rosen“, drei Sinfaker von Sudermann. Es gab einmal eine Zeit, in der Leute lebten, die Hermann Sudermann für einen Dichter hielten. Das ist aber schon lange her. Sudermann selbst war es, der sich mit seinen Werken vielleicht unbewußt bemühte, den Glorionschein des Dichters von seinem Haupt fernzuhalten. Ihm kommt es nur auf eine starke Wirkung an, und um diese zu erreichen, ist ihm jedes Mittel recht. Was trägt er darnach, ob seine Gelder anstatt Menschen nur Schattenwesen sind; die Hauptrolle ist der Effekt. Und der bleibt nicht aus, dafür ist Sudermann ein viel zu guter Theaterpraktiker. In den drei Sinfakern, die ohne irgend welchen besonderen Grund den Gesamttitel „Rosen“ tragen, zeigt sich Sudermann von keiner neuen Seite. Was vorstehend gesagt ist, wird durch dieselben nur bestätigt. Der erste Sinfaker „Margot“ ist der am wenigsten interessante. Er behandelt die heimliche Liebe einer unverständenen jungen Frau zu einem alternden Rechtsanwält, der sie ebenfalls heimlich liebt. Frä. Walter war nach Kräften und mit Erfolg bemüht, das junge Weib, das mit allen Fasern ihres Herzens nach Liebe bebt, so echt und natürlich wie möglich darzustellen. Herr Polstein spielte den Rechtsanwält auf den schönen Mann hinaus. Er machte damit aber nicht allzuviel Eindruck. Das zweite Stück trägt den Titel „Die ferne Prinzessin“. Eine nicht ungemüßliche Mischung von Humor und Poesie, soweit von letzterer bei Sudermann die Rede sein kann, durchweht das Werkchen. Es liegt so etwas wie heitere Sonntagsstimmung über dem Ganzen. Und diese Stimmung wurde durch die Wiedergabe in besserer Weise gewahrt. Herr Reichmeyer gab den Kandidaten, der für seine ferne Prinzessin schwärmt, die er garnicht kennt, in burlesker Weise. Lieblich und voller Hinnut war Frä. Anthe als Prinzessin. Am effektivsten ist „Der letzte Besuch“. Ein Leutnant hat mit einer verheirateten Dame, einer Gräfin, unerlaubte Beziehungen unterhalten. Die Folge ist ein Duell, in dem er erschossen wird. Am Sarge erscheint diese Gräfin, jedoch weniger von ihrer Liebe getrieben, als von der Besorgnis, daß Briefe, die sie an den Erschossenen gerichtet hatte, sie kompromittieren könnten, wenn dieselben in unrechte Hände gerieten. Um wieder in den Besitz der Briefe zu gelangen, bietet sie sich dem besten Freund des Toten als Geliebte an. Als Gegenstück zu der Gräfin ist ein junges Mädchen namens Daisy gedacht, das sich ebenfalls dem erschossenen Leutnant zu eigen gegeben hat, aus reiner, uneigennütziger Liebe. Den Hintergrund bildet ein Zimmer, in dem ein mit Kränzen bedeckter Sarg steht. Es gehört schon ein besonderer Geschmack dazu, um an diesem „letzten Besuch“ Gefallen zu finden. Wir können uns nicht dafür begeistern. Die Gräfin hatte in Frä. Horst eine tüchtige Vertreterin gefunden. Frä. Köhne war als Daisy eine anmutige Mädchenkriecher. Ihr mochte man es gar nicht glauben, als sie erklärte, sie sei in der letzten Nacht die Frau des erschossenen Leutnants gewesen. Bereits gestern haben wir angedeutet, daß die Inszenierung durch Direktor Kurtscholz eine vorzügliche war.

„**Minna von Barnhelm**“, Lustspiel von Lessing, gelangte gestern zur Aufführung. Den Tellheim gab Herr Polstein nicht unympathisch. Wer diesen Künstler jedoch häufiger sieht, der gewinnt die Ansicht, daß die Ausdrucksmittel desselben sehr eng begrenzt sind. Immer dasselbe Verziehen des Mundes, immer dieselben Gesten wirken auf die Dauer eintönig. Die Minna des Frä. Horst war in den ersten Akten sehr hübsch angelegt. Bei der kleinen Intrigue gegen Tellheim hätten wir allerdings etwas mehr Schelmerei gewünscht. Ein niedliches Kammermädchen war Frä. Böh. Herr Fuchs zeichnete den ehrlichen Just mit scharfen Strichen. Weniger entsprach der Wirt des Herrn Albert unserem Geschmack; aus dem ebenso hab- wie neugierigen Kerl war ein jüdischer Schmod geworden. Die anderen Rollen waren ausreichend besetzt. Das Publikum war nur in geringer Anzahl erschienen; der Beifall war lebhaft. P. L.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung. Verleger: E. H. Schöwarz. Druck: Friedrich Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

H. E. Koch's Möbelhäuser

Marlesgrube 45, 40 u. 11

haben jetzt ganz besonders viele komplette Ausstattungen vorräthig, welche zur freien Besichtigung ausgestellt und sehr billig sind.

Ganze Ausstattungen (als: Wohnstube, Schlafstube mit Waschtisch und Kleiderschrank und auch die Kücheneinrichtung) sind von 165 Mk. an vorräthig und gibt es hierauf noch 5% Rabatt in bar gegen sofortige Zahlung.

Plüschgarnituren, Sofa und 4 Stühle, nur 75 Mk.

Sofas, geschweift m. sch. Bezügen, 80 Mk.

Vertikons, hoheleg. Aufsatz, 27 u. 28 Mk.

Sofatisch, Plüschig und modern, 15 Mk.

Spiegelschränke, elegant, 16 u. 18 Mk.

Hoher Pfeilerpiegel, dazu pass., 15 Mk.

Kleiderschränke, mit fein. Aufsatz, 22 Mk.

Küchenschränke, 1tür. 12 Mk., 2tür. 16 Mk.

Küchenschränke m. hoch. Glasaufsatz 25 Mk.

Bettstellen, 1schl. 11 u. 12, 2schl. 14 u. 18 Mk.

Kommoden, sehr hübsch mit Plüsch und Konsolen, 18, 19, 20 und 22 Mk.

Rohrstühle, sehr stark, nur 2 und 3 Mk.

Tische, zu den Möbeln pass., 8 u. 9 Mk.

Gradlehnige Sofas mit Muschelaufsatz, 35, 38, 40, 45 u. 50 Mk.

Ermeauspiegel mit Stufe 35, 38, 40 Mk.

Neue Spiralmatrassen 12 Mk.

Polstermatrassen mit Kopfkissen, extra stark gearbeitet 20 Mk.

Seegrasmatrassen mit Keil, je nach Größe, billig.

Alle anderen nicht genannten Möbel ebenfalls sehr billig.

Gardinenkasten 60 Pfg., Rosenetten, Handtuchhalter, Beistühle, Ständer, sehr billig.

Enorme Auswahl in Silber zu allen Preisen.

Bevor Sie anderswo kaufen, besuchen Sie in Ihrem eigenen Interesse obige Möbel und fordern vorher ein neues Musterbuch mit über 400 Abbildungen und Preisen, welches frei abgegeben und zugelandt wird, aus Koch's Möbelhäusern Marlesgrube 45, 40 und 11.

Hauptgeschäftshaus mit Kontor u. eigenen Möbellackier- und Polstermöbel-Werkstätten für besonders vorteilhaften und sehr billigen Möbelaufbau nur

45 Marlesgrube 45

Telephon 1350.

Auf sämtliche billigen Preise erhalten Sie immer auf jedes Stück Möbel bei gleich barer Bezahlung 5% Rabatt in bar und kann jeder Käufer diese gleich in Abzug bringen.

Der Transport geschieht mit eigenen Möbelfuhrwerken (3 Pferde vorhanden) für Lübeck und Umgegend frei.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von

Lübeck Markt 4 **Otto Albers** 10.

sind vorthellhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Leberhosen 2,20—3,45

Wanzerhosen 2,60—3,75

Schlosserhosen 1,88—3,25

Aeberziehhosen 1,08—2,85

Wanzerhosen 1,68—3,25

leibene Jaden, schräge und gerade, 1,28

Rafen, Hemden, Schlachterjaden, Felsenjaden, Maler-Mäntel erkauntlich billig.

Mägen von 80 Pfg. bis 1,88 Mk.

Note Inbecamarken.

la. Lauenburger gelbkoch. Magnum bonum Kartoffeln 200 Pfd. 5 Mk. 50 Pf., 5 Liter 25 Pf.

la. Weiskohl 50 Pfd. 1 Mk. 20 Pfg.

Rotkohl 50 Pfd. 1 Mk. 70 Pfg.

Halblange Blutwurzeln 50 Pfd. 1 Mk. 50 Pf.

Apfel Pfd. von 5 Pfg. an. Winterdauer-äpfel verschiedene gute Sorten billigst.

Wickedestraße 33, Hof.

Keln Laden.

Heute und folgende Tage:

Prima Lammfleisch

(Marischlämmer) pro Pfd. 65 Pfg.

Keule und Rücken 75 Pfg.

Johs. Ratze jun.,

Fleischhauerstraße 60. Fernruf 1481.

Bairische Burg

Fleischhauerstraße 34.

Empfehle meine Lokaltitäten.

ff. Sanftber. Kalte und warme Speisen.

Mittagstisch.

Dieselbst angenehmer Familienaufenthalt.

Zu regem Besuch ladet ein Lenkefeld.

Steh-Seidel a 10 Pfg.

Einladung zum

BALL

des Trommler- und Pfeifer-Corps

des Arbeiter-Turnvereins zu Lübeck

am Freitag, den 30. Oktober 1908

im Lokale des Herrn Brasch,

Gundestraße 41.

Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eintritt 50 Pf., eine Dame frei.

Einzeln Dame 10 Pf., wofür Garderobe.

Das Komitee.



Kartoffeln

Allerfeinste französische und Magnum bonum-Kartoffeln, große schöne Futterkartoffeln billigst

C. Heese, L. Jacobsen Nachf., Meierstraße 26. — Fernsprecher 1440.

„Zur Ostsee“, Bei St. Johannis 28.

Großes Auspielen

von fetten Gäusen, Karpfen und Randsfleisch

am Dienstag, den 3. Nov. 1908.

Anfang 10 Uhr morgens. Eintrag 50 Pfg.

Zu freundlichem Besuch ladet ein

H. Pagel.

Arbeiter-Abstinenter-Bund.

Mitgliederversammlung

am Freitag, den 30. Oktober,

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52

Hansa-Theater

Heute Donnerstag:

Debut der

Jungmann - Cie.

The marvellous Cowboys.

Dazu das große Programm.

Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Neues Stadt-Theater



Kassen-Telephon Nr. 298.

Freitag 8 Uhr. Mittelpreis!

Voll-Abonn. 28. Freitag-Abonnement 5.

Novität! Wolfenkraker. Novität!

Amerikanische Komödie von Köhler.

Sonnabend 7 1/2 Uhr. Große Preise.

Voll-Abonnem. 29. Sonnabend-Abonnem. 5.

Fra Diavolo. Oper von Auber.

Sonntag nachmittag 3 Uhr.

Jeder Platz 50 Pfg. 1. Volks-Vorstellung.

Minna von Barnhelm.

Lustspiel in 5 Akten von G. E. Lessing.

Abends 7 1/2 Uhr. Der Evangelimann.

Eine

Sonder-Woche

von Mittwoch, den 28. Oktober bis inkl. Mittwoch, den 4. November

für **Winter-Schuhwaren** zu extra billigen Preisen.

In der II. Etage auf Extratischen ausgelegt!

Herren-

Wichsleder-Arbeitsschuhe genagelt . . 3⁵⁰ Mk.

Wichsl.-Schnür- u. Zugstiefel genagelt 3⁹⁰ Mk.

Wichsleder-Schaftstiefel sehr kräftig . 7⁹⁰ Mk.

Rindbox-Schnürstiefel in zwei Formen 6⁴⁰ Mk.

Boxkalf-Schnürstiefel neue breite Form 7²⁰ Mk.

Boxkalf-Schnürstiefel Wert 10.50 Mk. 8⁴⁰ Mk.

Leder-Hausschuhe rot und schwarz . . 3²⁰ Mk.

Schnallenstiefel Kamelhaar mit Filz und Ledersohle 3⁸⁰ Mk.

Filzschuhe mit Lederspaltsohle 1¹⁰ Mk.

Rossleder-Pantoffel genagelt 2⁵⁰ Mk.

Filz-Pantoffel mit Linoleumsohle 95 Pf.

Damen-

Rossleder-Schnürstiefel genähte Sohle 3⁹⁰ Mk.

Rindbox-Schnürstiefel sehr haltbar 5²⁰ Mk.

Boxkalf-Schnürstiefel schlanke u. breite Form 5⁹⁰ Mk.

Boxkalf-Schnürstiefel Wert 9.75 Mk. 7²⁵ Mk.

Rossleder-Spangenschuhe 2⁹⁰ Mk.

Leder-Hausschuhe prima Ausführung . . 2⁹⁵ Mk.

Filz-Schnallenstiefel mit Ledersohle 1⁹⁵ Mk.

Melton-Steppschuhe mit Ledersohle und Absatz 1⁶⁵ Mk.

Filzschuhe mit Filz und Ledersohle 1⁷⁰ Mk.

Filzschuhe mit Lederspaltsohle 95 Pf.

Rossleder-Pantoffel genagelt 1⁹⁵ Mk.

Filz-Pantoffel mit Linoleumsohle 85 Pf.

Ledertuch-Pantoffel mit Ledersohle 95 Pf.

Kinder-

Rossleder-Schnürstiefel Grösse 25/26 . 2⁶⁰ Mk.

Rossleder-Schnürstiefel Grösse 27/30 . 3¹⁰ Mk.

Rossleder-Schnürstiefel Grösse 31/35 . 3⁷⁵ Mk.

Rindbox-Schnürstiefel Grösse 27/30 . . 4⁵⁰ Mk.

Rindbox-Schnürstiefel Grösse 31/35 . . 4⁹⁰ Mk.

Chagrin-Knopfstiefel warm gefüttert Grösse 17—22 . . 1⁷⁰ Mk.

Filz-Schnallenstiefel mit Ledersohle Grösse 31—35 . . 1⁷⁰ Mk.

Gord-Ohrenschuhe mit Filz und Spaltsohle Grösse 21—30 50 Pf.

Gord-Ohrenschuhe mit Filz und Spaltsohle Grösse 31—35 62 Pf.

Plüsch-Ohrenschuhe mit Ledersohle Grösse 21—26 78 Pf.

Plüsch-Ohrenschuhe mit Ledersohle Grösse 27—30 88 Pf.

Plüsch-Ohrenschuhe mit Ledersohle Grösse 31—35 1¹⁰ Mk.

Eggensocken in allen Grössen von 28 bis 88 Pf.

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Wie Ferdinand Lassalle vor lang-jähriger Gefängnis- und Festungshaft bewahrt wurde.

I.

Die von Franz Mehring veröffentlichten, geistreichen und hochinteressanten Briefe Ferdinand Lassalles bedürfen — wie der Herausgeber selbst andeutet — wegen der langen Spanne Zeit, die zwischen ihrer Entstehung und Veröffentlichung liegt, sowie durch die darin erwähnten, längst nicht mehr unter den Lebenden weilenden Persönlichkeiten hier und da einer ergänzenden Erklärung. *) Das Verständnis des Inhalts wird noch erschwert durch das gänzliche Fehlen der von Marx an Lassalle gerichteten Briefe, die im Besitz des nunmehr ebenfalls verstorbenen deutschen Botschafters in London, des Grafen Paul Cassfeldt, sein sollten. Auf eine Anfrage der Eleanor Marx hat Cassfeldt nicht einmal geantwortet. Lassalle sagt in einem der in Rede stehenden Briefe, daß er bereits 1842 Sozialist gewesen und in einem Leumundszugnis der Breslauer Polizei vom Jahre 1846 wird als gravierend hervorgehoben — L. war damals 21 Jahre alt — daß er mit dem als gefährlichen Kommunisten bekannten Dr. med. Gottschalk aus Köln Briefwechsel pflege. Infolge seines Eingreifens in die Cassfeldtschen Eheverhältnisse kam Lassalle schon im Jahre 1846 auf längere Zeit nach Köln und Düsseldorf, wodurch er mit Dr. Gottschalk und 1848 auch mit Marx, Engels, Rittinghausen, Freiligrath und anderen hervorragenden Persönlichkeiten der rheinischen Demokratie in engere Berührung kam. Aber die aus dem Kassettendiebstahl hervorgegangenen drei Kriminalprozesse und die übrigen gräflichen Zwillingigkeiten nahmen Lassalle derart in Anspruch, daß er sich vor dem Jahre 1848 weniger mit Politik und der Arbeiterfrage beschäftigen konnte.

Der erste Kriminalprozeß wegen des Kassettendiebstahls fand im Jahre 1846 gegen den Kammergerichtsassessor Dr. Oppenheim aus Königsberg, der zweite im Februar 1848 gegen Dr. Mendelssohn aus Berlin und der dritte im August 1848 gegen Lassalle, alle drei vor dem Assisenhof in Köln statt. Der erste und letzte Angeklagte wurden bekanntlich freigesprochen, während Dr. Mendelssohn, ein naher Verwandter des berühmten Komponisten gleichen Namens, zu fünfjähriger Zuchthausstrafe, Aberkennung der Ausübung der ärztlichen Praxis und lebenslänglicher Polizeiaufsicht verurteilt wurde.

Eduard Bernstein bemerkt irrtümlich in seinem Vorwort zur Lassalleschen Kassettentunde, Mendelssohn sei in contumaciam verurteilt worden. Dr. Mendelssohn, der längere Zeit flüchtig war und sich dann freiwillig der Behörde stellte, wurde nach Abbüßung eines Jahres der über ihn verhängten Zuchthausstrafe, auf Betreiben Alexander vom Humboldt von Friedrich Wilhelm IV. mit Landesverweisung begnadigt. Der hart getroffene Mendelssohn ließ sich dann in Konstantinopel als Arzt nieder, nahm nachher als Arzt in der türkischen Armee am Krimkrieg teil, in dem er auf einem Gilmarsche einem Hitzschlag erlag.

Wenn Lassalle aus den Standauprozessen, die aus den Cassfeldtschen Streitigkeiten entstanden, schließlich auch als Sieger hervorging und er damit einer schwer mißhandelten und beleidigten Gattin und deren Kindern Hab und Gut rettete, so hatte doch infolge der rücksichtslosen Mr. und Weije, wie er mit unterm Erfolg erzielte, damals eine große Animosität gegen ihn Platz gegriffen, wovon selbst seine demokratischen und sozialistischen Gesinnungsgenossen nicht frei waren. Schrieb doch der Notariatskandidat Bernbach, ehemaliges Mitglied des Frankfurter Parlaments, nach der Wiederaufnahme des im Jahre 1848 eingeschlossenen Kommunistenbundes an Marx, daß Lassalle alles anbiete, um in die Or-

ganisation aufgenommen zu werden, und daß je weniger ihm dies gelinge, je höher er werde. „Ich vermag — so schreibt Bernbach wörtlich — abgesehen von all den früheren Geschehnissen und seine Verwicklung in all die kleintlichen und eitelhaften Intrigen einer hochgräflichen Familienangelegenheit mich nicht zu überwinden, dem Manne zu trauen und selbst wenn ich von der Reinheit seiner Gesinnungen auf vollständigste überzeugt wäre, würde ich mich ihm doch niemals anvertrauen, denn er ist ein Schwäger und Egoist.“)

Bernbach, der noch lange Vertrauensperson bei den Londonern blieb sowie während des Kommunistenprozesses durch Deckadressen die Korrespondenz zwischen Marx und den Verteidigern vermittelte und auch eine Festschrift verfaßt war, aber nicht überführt werden konnte, war später liberal. Sein Liberalismus wurde bei der Regierung sogar so hoch taxiert, daß er niemals eine Stellung im Staatsdienst erlangen konnte.

Bürgers war längere Zeit in Düsseldorf, Köln und Deuß Sprachlehrer des jungen Grafen und späteren Diplomaten Paul Cassfeldt; er kannte daher die Charaktereigenschaften Lassalles besser wie jeder andre. Auch im Prozeß wegen Verleitung zum Kassettendiebstahl fungierte Bürgers neben seinem Schüler Paul Cassfeldt als Schutzzeuge Lassalles. Er bekundete auf Befragen des Präsidenten unter anderm auch, daß das Verhältnis der Gräfin zu Lassalle teils geschäftlich, teils freundschaftlich gewesen. Lassalle sei überaus höflich gegen sie, in Geschäften energisch, dabei sei es jedoch oft zu Diskussionen gekommen, wobei er zu vergessen schien, daß er es mit einer Dame zu tun hatte. Bürgers war fest davon überzeugt, daß Lassalle in keine Organisation waffe, in der er nicht allein zu bestimmen hatte und wo der Scheiter des Geheimnisses ungütlich gehütet werden mußte, und daß er alle ihm nicht gewachsenen Geister unbarmherzig an die Wand drückte. Lassalle hatte im Herbst 1850 wegen seiner politischen Tätigkeit eine sechsmonatige Gefängnisstrafe angetreten und vorher Bürgers um Aufnahme in den Bund und nähere Auskunft über Marx gebeten. Bürgers, der in dem damals von London nach Köln verlegten Vorstand des Geheimbunds neben Röser und Nothjung die gefährvollsten Missionen und Arbeiten persönlich ausführte, richtete darauf einen Brief an Lassalle, in dem er die keine Unterordnung kennenden Eigenschaften des Aufnahmefähigen perfidierte und Erinnerungen aus dem Jahre 1848 aufwies, wodurch Lassalle sich schwer beleidigt fühlte. Er beschwerte sich bei Marx in einem Briefe vom 12. Mai 1851 über Bürgers, den ehemaligen Mitredakteur der Neuen Rheinischen Zeitung in folgenden Worten:

— Schreibe mir bald ausführlich und direkt. Um so mehr als ich sonst, jetzt wo Freiligrath fort ist, ohne direkte Zuschrift fast gar nichts mehr Näheres von Dir erfahren würde. Denn Daniels, dem Du noch zu schreiben pflegst, habe ich nie gekannt und besucht. Bürgers aber, der als ein intimer Freund von Daniels sonst Gelegenheit hatte, mir von Dir Nachricht zu geben, hat mich ohne Veranlassung noch Grund, infolge seiner alten vermaledeiten und unbegreiflichen Empfindlichkeit als Antwort auf einen freundschaftlichen Einladungsbrief, den ich ihm, ehe ich jetzt das Gefängnis verließ, geschrieben hatte, auf plumpe Weise beleidigt, und so bin ich denn ex nexu (außer Verbindung) mit ihm getreten. Ich würde somit in bezug auf Dich sehr ununterrichtet bleiben und auf das beschränkt sein, was mir bei meinen seltenen Anwesenheiten in Köln Röser etwa mitteilen könnte. Auch Deine Adresse berichte mir bald, denn ich habe sie nicht und könnte soweit nicht mal an Dich schreiben, wenn Veranlassung sich böte.

Mehring schreibt, es hieße das Andenken Lassalles beleidigen, wenn man ihn hiergegen, — gegen die Angriffe Bürgers und Bernbach — verteidigen wolle; die Tatsache genügt, daß er der hegreiche Vorkämpfer der deutschen Arbeiterklasse geworden, während die Becker, Bürgers, Bernbach alle in den Sumpf des Kapitalismus zurückgetappt sind.

* Siehe das obengenannte Werk. Band IV. Seite 46.

Letzteres kann und soll nicht bestritten werden. Tatsache aber ist es, daß Marx und Engels mit der Haltung Bernbachs und Bürgers Lassalle gegenüber damals einverstanden waren, wie uns von vielen alten, durchaus zuverlässigen Mitgliedern des Kommunistenbundes mitgeteilt wurde. Zum näheren Verständnis der gegen Lassalle herrschenden Animosität müssen wir auf eine Riesenerammlung zurückgreifen, die am 17. September 1848 auf der zwischen Köln und Düsseldorf gelegenen Worringer Heide stattfand. Als Redner fungierten dort: die Redakteure der „Neuen Rheinischen Zeitung“, Wilhelm Wolff, Drönke und Friedrich Engels, sowie der spätere Oberbürgermeister von Köln, Dr. Hermann Becker, Wisbans, Redakteur der sozialistischen „Newyork Tribune“, Ferdinand Lassalle und andere. Schapovier führte den Vorsitz, F. Engels war Schriftführer. Die Teilnehmer wurden von der Presse aller Parteien auf zirka 8000 geschätzt. Auf Vorschlag von Friedrich Engels war die folgende Resolution angenommen:

„Die hier versammelten deutschen Reichsbürger erklären: daß sie, wenn aus dem Widerstande der preussischen Regierung gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung und der Zentralgewalt ein Konflikt zwischen Preußen und Deutschland entstehen sollte, sie mit Gut und Blut zu Deutschland stehen werden.“

Eine zweite Resolution lautete: „Eine hohe Versammlung hat ein Bürgerwehrgesetz in seinem wichtigsten Teile bereits angenommen, welches im einzelnen wie im ganzen unsern Erwartungen aufs entschiedenste widerspricht. Wir hätten geglaubt, die königlichen Berechnungen aus dem März dieses Jahres und die Hoffnungen und der Geist, der das gesamte Volk belebt, hätten die Voraussetzungen gerechtfertigt, wir würden nur eine deutsche Bürgerwehr erhalten. Statt dessen sind in diesem, nur für Preußen gegebenen und berechneten Gesetz dem Könige von Preußen direkte, dauernde Einflüsse auf das wichtige Institut, ohne welches Volksfreiheit undenkbar ist, gestattet worden, es ist damit die preussische Bürgerwehr aus der deutschen Bürgerwehr herausgerissen worden. Ohne uns auf das Gemirre der einzelnen Bestimmungen einzulassen, heben wir nur § 7 hervor: „Jedes Mitglied der Bürgerwehr leistet vor dem Gemeindevorsteher, in Gegenwart des Befehlshabers der Bürgerwehr, folgende feierliche Versicherung: „Ich gelobe Treue dem König und Gehorham der Verfassung und den Gesetzen des Königreichs.“ Wir kennen den König nur insoweit, als er seine Stellung in der Verfassung findet. Was darüber hinausgeht, ist ein Versuch, die Person des Königs da ins Spiel zu bringen, wo die Verfassung selbst volksfeindlichen Tendenzen im Wege ist, ein Versuch, der leider nur zu oft bei dem stehenden Heere gelungen ist. Die unterzeichneten, in Köln lebenden deutschen Reichsbürger protestieren deshalb aufs feierlichste gegen jede Zumutung, einen solchen Eid zu leisten, welcher ihre Stellung als freie Staatsbürger und Bürgerwehrleute in jedem entscheidenden Augenblick in Widerspruch bringt.“

Die erstere Resolution wurde an die Frankfurter und die letztere in Form einer Adresse an die Berliner Nationalversammlung geschickt. Ein „Sicherheitsauschuß“, dem Marx, Engels, Rittinghausen, Bürgers ufm. angehörten, und in Köln gewählt worden war, wurde ebenfalls anerkannt.

Redakteur Drönke hielt eine Ansprache, in der er befürwortete, daß die Versammlung sich für die Republik, und zwar für die demokratisch-soziale, für die rote Republik erklären sollte.

Lassalle widersprach den Drönkeschen Ausführungen und dessen Resolution mit der Begründung, daß man ohne Übergangsstadium nicht zur demokratisch-sozialen Republik, für die die Menschheit noch nicht reif sei, gelangen könne.

Die Einwände Lassalles machten auf die Riesenerammlung keinen Eindruck, zumal der spätere Oberbürgermeister von Köln, Dr. Hermann Becker, vor Lassalle sprach und den damals herrschenden Preußenhaß bis zur Siedehitze gesteigert hatte, indem er den Wunsch ausgeprochen hatte, daß das Kreuzenoch bald abgeschüttelt werden möge!

Die weiße Nelke.

Kriminal-Roman von J. Kaulbach.

(2. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

„Wer bewohnt außer Ihnen und Herrn Claasen noch das Haus?“

„Ach, nur ganz wenige Personen; ich habe mein Lebtage auf Ruhe im Hause gehalten; hier unten ist also weiter niemand. Im ersten Stock, da wohnt der Herr Justizrat Horn mit seiner Frau und seinem Sohne; die sind aber schon seit drei Wochen in Heringsdorf, nur der Diener ist hier geblieben. Ganz oben, das ist eine kleine Wohnung; die habe ich auf Fußsprache an einen alten Wuchhalter Henzen und seine Tochter abgegeben. Eigentlich wäre es auch noch eine Wohnung für meine Leute, und wenn mein lieber Mann noch lebte —“

„Sind alle Hausbewohner anwesend?“

„Jawohl, sie sind alle da; sie warten bei mir im Zimmer.“

„Ist auch Herr Rechtsanwalt Glaubig da?“

„Glaubig? — Jawohl — ja, so heißt der Herr, meine ich. Ja, der ist auch gekommen.“

„Es ist gut. Die Herrschaften sollen bei Ihnen im Zimmer warten, bis ich sie rufen lasse. Wir —“ er wandte sich zu seinen Begleitern — „wollen nun zunächst in Ruhe die Stätte der Tat besichtigen.“

Auf einen Wink von ihm öffnete Kriminalkommissar Meyer die Tür zu dem Mordzimmer, während Frau Freytag, die sich zu ihrer großen Erleichterung vorläufig entlassen sah, sich in ihre Wohnung zurückzog. Den Herren, die das verhängnisvolle Zimmer betraten, schlug eine schwere, warme Luft entgegen; in den dumpfen Geruch aber, der das Gemach erfüllte, mischte sich ein feiner Nüctenduft. Er kam von der weißen Nelke, die im Wasserglase auf einem kleinen Tische stand, ganz nahe bei der Leiche des schönen Mädchens; diese lag, wie am vergangenen Abend, auf den Boden dahingestreckt.

Hagenberg betrachtete die Tote mit großer Gründlichkeit, dann untersuchte er zunächst die Beschlässe der Fenster und der Verandaflur.

„Ist alles noch wie gestern abend?“ fragte er den Kommissar.

„Alles unverändert. Nur die Verandaflur war geöffnet worden, als der Rechtsanwalt Glaubig durch sie eintrat.“

„Ich weiß. Waren die Vorhänge an den Fenstern nicht herabgelassen?“

„Nein. Nur dieser eine hier war zur Hälfte zugezogen, wie er es jetzt noch ist.“

„Dies muß das Fenster sein, unter dem wir die Abschürfung an der Mauer entdeckt haben.“

„Allerdings.“

„Um — hier — nein, hier ist nichts zu sehen!“

Die beiden untersuchten das Fenster mit scharfen Blicken, dann sagte Hagenberg: „Wenn der Mörder hier eingedrungen wäre, so hätte er leicht Spuren auf dem Fensterbrett oder auf dem Fußboden zurücklassen können. Ich sehe jedoch nichts.“

„Er kann sich auch hereingeschwingen haben, ohne auf das Brett zu treten. Und das dicke Fell hier auf dem Boden bewahrt keine Spuren auf.“

„Darin haben Sie recht,“ gab der Landgerichtsrat ein wenig widerstrebend zu und wandte sich sodann ins Zimmer zurück, um noch einmal Umschau zu halten. Möglich blieb er vor dem Wasserglase mit der Nelke stehen, hob es auf und trat damit näher ans Licht.

„Sind Sie ein Blumenfreund, Herr Kommissar?“ fragte er mit etwas ironischem Ton.

„Das könnte ich gerade nicht behaupten,“ gab der andere erstaunt zurück.

„Ich sehe das ohne Ihre Antwort; sonst hätten Sie bemerken müssen, daß diese Nelke — ist sie an der Leiche gefunden worden?“

„Nein, auf dem Fußboden neben ihr.“

„Diese Nelke ist ein ganz ungewöhnlich seltenes Exemplar. Ich verstehe mich darauf, denn ich bin Blumenfreund. Sehen Sie nur einmal genauer her; auf den ersten Blick meint man, eine gewöhnliche weiße Nelke vor sich zu haben, wenn auch von absonderlicher Größe. Nun betrachten Sie aber einmal die einzelnen Blumenblätter; da finden Sie auf jedem eine feine rote Linie, aus drei Linien zusammengefaßt, fast wie ein zierliches Dreieck mit einem roten Punkt in der Mitte. Die Blume kann uns vielleicht einen wertvollen Anhalt liefern. Wir müssen bei den hiesigen Gärtnern Rundfrage halten, von wem sie stammt, und wer sie gekauft hat. Ferner sorgen Sie dafür, daß die

Nelke baldmöglichst photographiert, sodann aber auch — man kann das jetzt ja machen — mit Wachs in der Weiße präpariert wird, daß sie ihr natürliches Aussehen behält.“

Der Kommissar verneigte sich stumm, und Hagenberg wandte sich nun zu dem Gerichtsärzte, der inzwischen mit der Leiche beschäftigt gewesen war. „Nun, was haben Sie gefunden?“ fragte er.

„Nur das, was mein Kollege Gröner gestern abend bereits festgestellt hat; dieser Delch paßt genau in die Wunde. Der Stoß muß mit großer Kraft geführt worden sein, der Tod ist offenbar fast augenblicklich eingetreten.“

„So wird uns vorläufig nichts zu tun übrig bleiben,“ sagte der Landgerichtsrat, „als daß wir auch die übrigen Zimmer in Augenschein nehmen und sodann die Hausbewohner ihre Aussagen machen lassen.“

Er schritt voran in das nächste, als Atelier eingerichtete Zimmer; die anderen Herren folgten ihm. In dem ziemlich großen, nach Norden gelegenen Raume standen auf Staffeleien Bilder und Skizzen; verschiedene Tische waren mit Gipsabgüssen von Blüten und Figuren vollgestellt, und auf einer am mittleren Fenster stehenden Staffelei erblickten die Beamten das fast vollendete Porträt eines schönen, üppigen Mädchens, desselben Mädchens, das nun ein Opfer grausamen, rätselhaften Verbrechens geworden war. Mitleid, Empörung, Schauer erfüllten das Herz Hagenbergs, als er diese volle, jugendliche Gestalt diesen lichtblonden Kopf betrachtete. Freilich lag ein Ausdruck trüber Schwermut in dem jungen Gesicht, und der Beamte, der in seinem Berufe nicht leicht von einer anderen Regung, als nur vom Interesse an der Aufklärung des Verbrechens geleitet wurde, fühlte sich selbst am ergriffen beim Anblick des Bildes, während er an die stille Leiche nebenan denken mußte. Noch waren die Farben auf der Palette frisch, die Pinsel noch feucht, und das Arbeitsgerät lag auf einem Schmel neben dem Bilde, als ob der Maler soeben die Sitzung beendet hätte.

Sich von dem Gemälde wendend, prüfte Hagenberg nun auch diesen Raum und seinen Inhalt mit großer Aufmerksamkeit. Alles war in bester Ordnung, nur eins fiel ihm auf; in der Nähe der Staffelei stand ein kleiner runder Tisch, und die rote Blüschdecke dieses Tisches lag daneben auf dem Boden, als hätte jemand sie, eilig vorübergehend heruntergestreift. Sonst war nichts zu entdecken, was au

der Zeit der gegenwärtigen Krise zu dem geradezu verrückten Zustand geführt, daß am Kanalbau zahllose Stalten, Galfrier, Ruthenen, Polen usw. beschäftigt werden und daß die ansässigen Arbeiter und Steuerzahler diesen beschäftigungslos zusehen müssen. In romanischen Ländern hätte die Arbeiterkraft die Fortführung der Bauen unter solchen Begleitumständen längst gewaltsam verhindert. Unsere deutsche Arbeiterkraft hat eine zu hohe Achtung vor der Gefährlichkeit, um zu solchen Mitteln zu greifen. Aber man treibt die Leute durch diese Art vaterländischer Sozialpolitik geradezu zur Verzweiflung. Vor einiger Zeit erschienen auf dem Rathaus in Oranienburg fünf Arbeiter, um dem Bürgermeister ihre durch die Abweisung beim Kanalbau entstandene Lage zu klagen. Der Herr Polizeikommissar empfing sie und versprach ihnen, um den stark beschäftigten Bürgermeister zu entlasten, sofort telephonisch seinen Einfluß bei der Kanalbauverwaltung aufzuwenden. Das geschah in Gegenwart der Arbeiter. Am andern Morgen begaben sich diese nach der Kanalbauvertrags, wurden aber abgemahnt abgewiesen. „Der Herr Polizeikommissar von Oranienburg hat uns gar nichts zu sagen!“ Einer von den Leuten, der sein Schicksal nicht mehr länger ertragen konnte, ging hin und erhängte sich. Dieses Vorwissen hat unter der Einwohnererschaft von Oranienburg und Umgebung eine gewaltige Erregung verursacht. Am Sonntag fand in Sandhausen bei Oranienburg eine Protestversammlung statt, die namentlich von arbeitslosen und vom Kanalbau zurückgewiesenen Arbeitern besucht war. Es wurde beschlossen, beim Ministerium, Landtag, Magistrat und den Stadtverordneten in geeigneter Weise vorstellig zu werden. Da die Sozialdemokratie im preussischen Landtage jetzt ebenfalls vertreten ist, sind die zur Verzweiflung getriebenen Arbeitslosen dort jetzt wenigstens nicht mehr ganz ohne Aussicht. Das Agrarierturn wird zeigen können, ob es im Angesicht dieser Zustände in eine Milderung der in seinem Interesse geschaffenen Verhältnisse willigt, oder ob es geduldet, seine Politik bewußt über Leichen hinweg fortzusetzen!

Ein klassisches Beispiel von Saalabtreiberi mit amtlicher Beihilfe kann der „Volksbote“ aus dem neuntenn hannoverschen Reichstagswahlkreise berichten. Die heuchlerische und niederrückliche Art der kapitalistischen Lohnschreiber in der bürgerlichen Presse manifestiert sich bekanntlich am widerlichsten in ihrer Heulmeierei über den sozialdemokratischen Terrorismus des Boykotts, mit dem sich unsere Genossen nur in Einzelfällen veranlassen für die systematischen Quälereien des von den herrschenden Klassen seit dem Bestehen der Sozialdemokratie über uns verhängten geschäftlichen, gesellschaftlichen und politischen Boykotts. Wie weit dieser Terrorismus der herrschenden Mächte mit Unterstützung hoher Behörden und sogar unter Verwendung der Mechanik des bürgerlichen „Rechtsstaats“ getrieben werden darf, dafür sprechen folgende zwei Aktenstücke:

Ich, Unterzeichnete, Gastwirt Ferdinand Fehlan in Wallensen, verpflichte mich hiermit zu Gunsten der Gewerkschaft „Humboldt“, Braunkohlengrube und Brikettfabrik in Wallensen, zu folgendem:

1. Für den Fall, daß ich auf Fürsprache der Fabrik von der zuständigen Behörde die Genehmigung zum Bau eines neuen Saales und die Konzession zum Betriebe der Schankwirtschaft in diesem neuen Saale auf meinem unter Nr. 32 in Wallensen belegenen Weisen erhalte, gehe ich hiermit für mich und meinen Rechtsnachfolger die Verpflichtung ein, meine jetzigen und künftigen Wirtschaftsräume zu sozialdemokratischen Zwecken oder zu Zwecken der freien Gewerkschaften in keinem Falle herzugeben.

2. Für jeden einzelnen Fall der Zuwiderhandlung erkläre ich mich bereit, eine Konventionalstrafe im Betrage von 1500 Mark, wörtlich:

„Eintausend fünf hundert Mark“, der Gewerkschaft „Humboldt“, Braunkohlengrube und Brikettfabrik, Wallensen, oder ihrer Rechtsnachfolgerin im Besitze des Fabrikgrundstücks zu zahlen.

4. Die Gewerkschaft „Humboldt“, Braunkohlengrube und Brikettfabrik, Wallensen, erklärt sich bereit, meine Gesuche um Bau eines Saales und Verleihung der Genehmigung zur Schankwirtschaft in demselben, welche dem königlichen Landratsamt Hameln eingereicht sind oder werden, tatkräftig zu unterstützen, sobald vorliegender Vertrag rechtskräftig geworden ist.

7. Ich, der Mitunterzeichnete, Direktor Karl Löpfer zu Wallensen, akzeptiere obige Erklärung namens der Gewerkschaft „Humboldt“, Braunkohlengrube und Brikettfabrik, Wallensen.

Wallensen, den 24. Januar 1907.
gez.: Karl Löpfer.
F. Fehlan.

Diesem Muster eines „Vertrags“, den der Wirt zu seiner allzu späten Reue unterschrieben hat, wird aber erst die Krone aufgesetzt durch folgendes weitere Dokument, aus dem hervorgeht, daß der Terrorismus der Saalabtreiber sogar als „dingliche Last“ auf das Grundstück im Grundbuch gerichtlich eingetragen ist, also das königlich preussische Gerichtswesen sich in diesem Falle bereitwilligst als Werkzeug des „Terrorismus“ hergibt, wo er gegen Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften geübt wird:

Ab schrift.
Geschehen königliches Amtsgericht Lauenstein,
20. März 1908.

Gegenwärtig:
Amtsgerichtsrat Kollenrodt.

Es erschien
der frühere Kürschner, jetziger Gastwirt Ferdinand Fehlan in Wallensen, dem Richter von Person bekannt, und erklärte:

Ich bestelle zu Gunsten der Firma Braunkohlengrube und Brikettfabrik Wallensen der Gewerkschaft „Humboldt“ folgende Dienstbarkeit an meiner im Grundbuche von Wallensen Bd. III Bl. 87 eingetragenen Kötnerstelle Haus Nr. 22:

Die auf diesem Grundstücke befindlichen Räumlichkeiten dürfen im Falle eines Gast- oder Schankwirtschaftsbetriebs auf demselben nicht zu sozialdemokratischen oder Zwecken der sog. freien Gewerkschaften hergegeben werden.

Ich bewillige und beantrage die Eintragung dieser Dienstbarkeit im vorbezeichneten Grundbuche.

Den Wert der Dienstbarkeit gebe ich auf 500 Mark an.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.
gez.: F. Fehlan.
Begläubigt:
gez.: Kollenrodt.

Daß die Herren von der Braunkohlengrube- und Brikettfabrik Wallensen von dem Landrat ohne weiteres voraussetzen, daß er die Vereitelung des geschäftlichen Verfallrechts der Arbeiter billigen und den Wirtschaftsbetrieb gerade unter solchen eigenartigen Bedingungen konzessionieren würde, ist ja nicht schmeichelhaft für einen hohen preussischen Verwaltungsbeamten. Noch interessanter

aber ist das Verfahren eines königlich preussischen Amtsgerichts, das der Saalabtreiber, diesem geführechten und ebelsten Auskunftsmittelehen parteipolitischen Geschäftigkeit, die höherer Weiche juristischer Garantien verleihe konnte. Morgen wird der Landrat aber für sein Kreisblatt einen fulminanten Artikel diktieren über den Terrorismus der Sozialdemokratie, die nicht einsehen will, daß der Boykott ein Vorrrecht unserer kapitalistischen und bürokratischen Herrenkaste ist!

Vorteil der Regiearbeit. Von Interessenten wird der Forderung der kommunalen Regiearbeit gern die Behauptung entgegengestellt, die Kommune arbeite teurer als der Privatunternehmer. Einen Beweis des Gegenteils hat die Stadt Lichtenberg mit der leider erst in bescheidenem Umfange aufgenommenen Pflasterarbeit in Eigenregie erbracht. In der Zeit vom 6. Juli bis 15. Oktober 1908 hat die Stadt 3158,40 Quadratmeter Reihensteinpflaster selbst ausgeführt. An Kosten sind dadurch entstanden: Arbeitslohn 8847,46 Mk., für Kieslieferung 288,75 Mk., für Fuhrleistung 90,50 Mk., soziale Beiträge 119,09 Mk., diverse sachliche Kosten 7,72 Mk., Inanspruchnahme von Beamten 423,44 Mark, Amortisation und Abnutzung der Geräte 127,08 Mk.; insgesamt 4903,99 Mk. Bei Ausführung der angegebenen Arbeiten durch einen Steinlegemeister hätte die Stadt, legt man die vertraglichen Einheitspreise für Unterhaltungsarbeiten aus dem Jahre 1906/07 zugrunde, 5296,11 Mk. zahlen müssen. Diese Rechnung ergibt für den Stadtfiskus schon eine Ersparnis von 392,12 Mk. Die Steinlegemeister arbeiten aber nicht mehr zu den erwähnten Einheitspreisen, sie verlangen jetzt einen Aufschlag von 25 Prozent. Selbst wenn man mit nur 10 Prozent rechnet, erhöht sich die Ersparnis für die Stadt um rund 530 Mk.; danach kann man die Wünderausgabe der Stadt auf zirka 1000 Mk. veranschlagen. Die Regiearbeit stellt sich mithin um 15 bis 20 Prozent billiger als bei Vergabe der Arbeiten an einen Privatunternehmer.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein militärisches Panama wurde in der Sitzung des Oberkriegsgerichts Hannover vom 26. d. Mts. entfällt. Verhandelt wurde in der Berufungsinstanz gegen den bereits seit 12 Jahren dienenden Bezirksfeldwebel Rink vom hannoverschen Bezirkskommando, der in der Vorinstanz wegen Bestechung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß die allgemeine Meinung bestehe, die Bezirksfeldwebel nähmen Schmiergelder an und seien so für alle „schmierigen“ Privatwünsche, die sie auf dienstlichem Gebiete befriedigen könnten, zu haben. Bewiesen wurde, daß die Unteroffiziere und Feldwebel des Bezirkskommandos es für „üblich“ halten, von den Wirten der Musterungs- und Kontrolllokale gratis verpflegt zu werden, was aber lange nicht so schlimm ist, als ein anderer Brauch, der ebenfögen und häufig geübt wird, nämlich das Trinken und Rauchen der Herren Vorgesetzten auf Kosten der neu ausgehobenen Soldaten. Das blamabelste Ergebnis der Verhandlungen war die Aufdeckung eines regelrechten Bestechungssystems, das die Herren Bezirksfeldwebel insbesondere mit den militärischen Drückebürgern der zahlungsfähigen Kreise praktizierten. Hierzu gehört der artige Trick, daß die Feldwebel Bestechungspflichtige, nachdem sie den Bestechungsbefehl erhalten, einem anderen Bezirkskommando überschreiben, um dadurch der Zustellung des Übungsbefehls vorzubeugen. Gegen Rink war in zwei derartigen Fällen Anklage erhoben. Verdacht dringender Art besteht aber noch gegen manche andere Unteroffiziere. In dem ersten Falle lag ein abgegangenes Dankschreiben des Gemeindevorstandes Nebe aus Wiesdorf vor, das einen Zwanzigmarkschein als Lohn für unrechtmäßige Befreiung seines Sohnes von einer militärischen Übung enthielt. Rink beteuerte, er würde das Geld nie angenommen haben, zu dem guten Rat an Nebe, in einen anderen Kommandobezirk zu verziehen, habe er sich berechtigt gefühlt. (Der Wunsch des Gemeindevorstandes Nebe, seinen Sohn von der militärischen Übung loszubringen, war dem Bedürfnis entsprungen, ihn in einer schleifischen Filiale seines Holzgeschäftes zu verwenden.) In diesem Falle erfolgte trotz dringenden Verdachtes Freisprechung, jedoch muß Rink auf Befehl seiner Vorgesetzten den Gemeindevorsteher Nebe wegen Verleumdung verklagen. In dem anderen Fall hat sich Rink von einem Oberfeldner mit brieflich übermittelten und ebenfalls abgegangenen 2 Fünfmarktscheinen schmieren lassen. Verdächtig gemacht hat sich Rink dadurch, daß er sich bei der Generalmusterung von dem Oberfeldner, der sich von seiner Einstellung drücken wollte, allzu ungeniert und reichlich mit Zigarren und Bier und schließlich noch mit Wein traktieren ließ. Das Urteil gegen Rink lautete wieder auf 6 Monate Gefängnis und Degradation. Das Gericht nahm jedoch nicht Bestechung, sondern Betrugsversuch an.

Militärjustiz. Der Füsilier Johann Hecker vom niederrheinischen Füsilier-Regiment No. 39 (Düsseldorf) hatte bei der jüngsten Rekrutenemstellung einige Bekannte getroffen und mit ihnen in der Kantine etwas über den Duff getrunken. Ein Unteroffizier schickte den D. dieserhalb auf die Mannschaftsstube, welchen Befehl Hecker auch befolgte. Als dann später ein anderer Unteroffizier nachsah, ob Hecker auch auf der Stube sei, warf der Betrunkenen mit einem Schemel nach dem Unteroffizier und traf ihn am Bein. Hecker, der sein Tum mit sinnloser Trunkenheit entschuldigte, wurde vom Düsseldorf-Kriegsgericht — unter Annahme „mildernden Umstände“ — zu 2 Jahren 7 Monaten Gefängnis und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt. Der Verurteilte hat erst kürzlich eine dreimonatliche Gefängnisstrafe, die er wegen unerlaubter Entfernung erhielt, verbüßt. — In derselben Sitzung wurde gegen den Reservisten Ullmann verhandelt. Dieser soll im Wandern einen Gefreiten mit Zoffstehen bedroht und einem Feldwebel den Gehorsam verweigert haben. Der jähzornig veranlagte Angeklagte entschuldigte seine Tat mit Trunkenheit, erhielt aber auch neun Monate zwei Wochen Gefängnis.

Braunschweiger Klassenjustiz. Das Wolfenbütteler Schöffengericht ist dafür bekannt, daß es solche Landarbeiter mit den härtesten zulässigen Strafen belegt, die den Agrariern vor Ablauf ihrer vereinbarten Arbeitszeit davonlaufen, d. h. kontraktbrüchig werden. So sind von ihm schon Arbeiter nur dieserhalb zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt worden. Daß das Wolfenbütteler Gericht aber in Landarbeiterfragen auch milder, viel milder sogar zu urteilen versteht, zeigt eine Schöffengerichtsverhandlung, über die das dortige „Kreisblatt“ berichtet: „Der Ackermann Albert Pape aus Apelnstedt hatte sich wegen Körperverletzung zu verantworten. Er hat seinen Knecht, der seinen Dienst verließ, dadurch mißhandelt, daß er ihn mit Füßen trat und dann, als dieser flüchtig den Hof verließ, seinen stehengebliebenen Koffer hinterher warf, der den Knecht auch traf. Der Angeklagte will den Knecht, der sich schlecht betragen habe, nur aus dem Hause gebracht haben. Der Gendarm stellt dem Angeklagten kein gutes Zeugnis aus; derselbe habe sich auch dahin geäußert, daß das Gesinde heute nicht genug Schläge erhalte. Nach der Beweisaufnahme lautet das Urteil sehr milde, auf 10 Mk. Geld-

strafe, eventuell zwei Tage Gefängnis.“ — Wer kann sich nach solchen Urteilen noch darüber wundern, daß das Vertrauen zur Rechtspflege mehr und mehr schwindet?

Ein Lehrling zu Tode mißhandelt. Vor dem Stendaler Schwurgericht hatte sich vorige Woche der 24-jährige verheiratete Schmiedegeselle Franz Carben aus Mitz-Camern zu verantworten unter der Anklage, durch vorsätzliche gefährliche Körperverletzung den Tod eines Menschen herbeigeführt zu haben. Der Angeklagte, ein jähzorniger, dem Tunkte etwas ergebener Mensch, hatte am 19. August d. J. im Jörn dem Schmiedelehrling Oswald Bender einen angespitzten glühenden Eisenstab in den Leib gestoßen. Der unglückliche Lehrling verstarb nach schrecklichen Qualen am darauffolgenden Tage an den erhaltenen Verletzungen. Anfänglich versuchte der Täter den schrecklichen Vorfall so darzustellen, als ob der Lehrling selbst aus Versehen in den Eisenstab gerannt sei. Er legte jedoch später ein offenes Geständnis ab. Die Untersuchung des toten Lehrlings ermittelte auch noch anderweitige Spuren von Mißhandlungen. Unter den Robeiten des Angeklagten, der in der Schmiede seines Vaters arbeitete, hatten auch die übrigen dort beschäftigten Lehrlinge zu leiden. Nach dem Lehrling Grube hatte er gleichfalls schon einmal mit einer glühenden Eisenstange geschlagen, ohne ihn jedoch zu verletzen. Das Urteil lautete unter Zuhilfenahme mildernder Umstände auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis.

Zum Tode verurteilt wurde vom Offenburger Schwurgericht der kurländische Schneidergeselle August Mickel Philipsohn, der am 15. August im Schwarzwald den Industriellen Eduard Gmsheimer-Kölm aus dem Hinterhalt erschossen und dann beraubt hatte.

Aus Nah und Fern.

Eine aufregende Szene spielte sich am Dienstag in Berlin Ufedomerstraße Nr. 16 ab. Mit vieler Mühe gelang es, zwei Kinder vom Erstickungstode zu retten. Die Frau des Arbeiters Adler hatte sie, als sie zum Einkauf ausging, allein gelassen. Bei ihrer Heimkehr war die Wohnung verqualmt, und erst nach längerem Suchen fand man die Kleinen bewußtlos vor, worauf sie ins Freie gebracht und durch einen Arzt wieder zum Bewußtsein gebracht wurden. Der Brand wurde von der Feuerwehr gelöscht.

Polizeiverordnung gegen Reichsrecht. Die Zwickauer Amtshauptmannschaft hat folgende Bekanntmachung erlassen: Das Verbot öffentlicher Berrußerklärungen gegen Gewerbetreibende.

Im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung steht die Amtshauptmannschaft nach Gehör des ihr beigeordneten Bezirksausschusses und im Einverständnisse mit demselben veranlaßt, folgendes zu verordnen:

Wer es unternimmt, den Gewerbebetrieb eines anderen dadurch zu stören oder zu beeinträchtigen, daß er öffentlich vor einer Menschenmenge oder durch Verbreitung von Schriften oder durch die Presse oder durch öffentlichen Anschlag oder sonst auf öffentliche Weise dazu auffordert, in einem bestimmten Gewerbebetriebe keine Waren zu bestellen oder zu entnehmen oder in einem bestimmten Geschäftslokale nicht zu verkehren, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bis zu 1 Tage bestraft.

Die bisherigen Erlasse vom 17. Mai und 19. Juli 1894 werden hiermit aufgehoben.

Mit gutem Recht bemerkt unser Zwickauer Parteiblatt, das „Sächsisches Volksblatt“ dazu:

„Diese Verfügung steht unserer Meinung nach mit der Reichsgesetzgebung in Widerspruch. Auch der höchste Gerichtshof, das Reichsgericht, hat den Boykott für zulässig erklärt. Es kann daher nicht angehen, daß eine zölibetäre untere Verwaltungsbehörde Reichsgesetze und rechtsgerichtliche Entscheidungen durch eine besondere Verfügung außer Kraft setzt. Abgesehen, wie steht es denn mit den Militärboykotts? Nach der amtshauptmannschaftlichen Verfügung sind diese ebenfalls strafbar. Wir sind neugierig, ob die Militärbehörden sich nach diesen Verfügungen richten werden!“ — Wir auch.

Die fiskalische Sparwitz als Ursache des Augsburger Eisenbahnunglücks. Die „Augsburger Abendzeitung“ bringt eine aufsehenmachende Erklärung, nach welcher das Eisenbahnunglück in Hochzell hätte vermieden werden können, wenn dem verunglückten Silzuge, den man bereits in Rissing, zwei Stunden vor Hochzell, in Gefahr wußte, die vorgeschriebenen Notsignale von den Streckenwärtlern gegeben worden wären, welche letztere aber in Hochzell infolge übertriebener Sparwirtschafts keinen Nachdienst hatten.

Der Verbrecher im Automobil. Montag nachmittag gegen 4 Uhr fuhr in Unterbach bei Hilden ein Mann im Automobil vor das Pastorat und begab sich in Abwesenheit des Pastors ins Haus. Er stellte sich dort den anwesenden Frauen als Kriminalbeamter vor und hielt eine Durchsuchung der Räume ab. Bei dieser Gelegenheit fiel ihm eine Kassetten mit 6500 Mk. Inhalt in die Hände, welche er beschlagnahmte, angeblich, weil der Pastor im Verdacht stehe, falsches Geld verausgabt zu haben. Der angebliche Kriminalbeamte entfernte sich mit dem Automobil in der Richtung nach Düsseldorf, von wo er auch gekommen ist.

Risiko der Arbeit. Nach einer Meldung aus Essen stürzten auf der Zeche Margarethe bei dem verbotswidrigen Benutzen eines Aufbruchschachts vier Arbeiter in die Tiefe. Einer ist tot, die anderen liegen hoffnungslos darnieder.

Vom Schupmann erschossen. Bei einem Streit zwischen Bergarbeitern und Polizeibeamten kam es in der Nähe der Zeche „Ludwig“ in Recklinghausen zu einem Handgemenge. Hierbei gab einer der Polizeibeamten einen Revolver schuß ab, durch den ein Bergmann in den Hals getroffen und lebensgefährlich verletzt wurde.

Material für die Reichsverbandsliste. Der Rechtsanwalt Marx aus Offenbach — eine Stütze des nationalen Klüngels und der lauteste Rufer im Streite gegen die Sozialdemokratie, Anwalt der Stadt Offenbach gegen den Bankier Wolf bei der Kaiserhofaffäre — hat u. a. Gelder, die er von Klienten zur Auszahlung an Prozeßparteien erhalten, in einer Reihe von Fällen zum eigenen Nutzen verwendet, und sie erst herausgegeben, nachdem das „Offenbacher Abendblatt“ seine Karten aufgedeckt hatte. Jetzt ist der Mann von der Anwaltskammer — als seinem Standesgericht — zu 800 Mk. Geldstrafe und einem Verweise verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft wird sich nun auf alle Fälle mit dem lauberen Ordnungshelden zu befassen haben. Der jetzige Kandidat der bürgerlichen Parteien für Offenbach-Stadt hat ihn zu stützen versucht, ist damit nun allerdings hereingefallen. — Dr. Hoesser — ein Chemiker Arzt und Haupttreiber im Wahlkampf gegen die Chemnitzer Ortskrankenkasse, der außerdem der Intimus der Expresseur Schubert und Kade war — ist durch Schiedspruch des Rats der Stadt Chemnitz auf 3 Jahre als Kassensatz der Ortskrankenkasse ausgeschlossen worden. Chefredakteur Richter von der „Chemnitzer

Allgemeine Zeitung, ein Blatt, das in Reichsverbandsmanier bisher gegen die Arbeiterschaft gekämpft hat, führte kürzlich einen Prozess gegen das konservative „Chemnitzer Tageblatt“ und ist wegen Verleumdung verurteilt worden. Unmittelbar nach der Verurteilung legte Richter seinen Posten nieder. Es ist in diesem Prozesse festgestellt worden, daß die „Chemnitzer Allgemeine Zeitung“ das konservative Amtsblatt „geistig“ in der infamsten Weise bestohlen hat.

40 Jahre Gefängnis. Aus Barcelona wird gemeldet: Vor fünf Tagen waren auf einem Gefangenentransport drei schwere Verbrecher ausgebrochen, nachdem sie zwei Schutzleute getötet hatten. Erst am Dienstag ist einer dieser Gefangenen, dem schon früher zwei Fluchtversuche aus Costa und zwei aus dem Gefängnis von Almanso gelungen waren, eingebracht und wegen acht schwerer Verbrechen zu 40 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Feuer im Gefängnis. In Nancy brach im Polizeigefängnis Feuer aus. Es gelang, die Gefangenen, die der Rauch schon halb erstickt hatte, unverletzt ins Freie zu bringen. Die Brandursache ist unbekannt. Menschenteleben sind nicht zu beklagen.

Der konfessionelle Blockzigenbock ist die neueste Blüte im politischen Parteienkreis. Dem in Landau in der Pfalz erscheinenden „Rheinpfälzer“ wird berichtet, daß in einem Dorfe im Kreise Germersheim der liberale Besitzer eines Ziegenbockes einem Bauern, der als Kammer Zentrumsmann bekannt ist und zu Paarungszwecken dem Bock seine Geiß zuführen wollte, kurz und bündig erklärte: „Mein Bock deckt keine Zentrumsgeiß!“ Süddeutsche Zentrumsblätter machen diese der Zentrumsgeiß angetane Schmach zum Gegenstand ihrer entsetzlichen Kampfkampfe gegen die konfessionell verheerende Wirkung der Blockpolitik. Wenn die Mitteilungen des „Rheinpfälzer“ authentisch sind, so liegen die Dinge da in der Tat ganz schauerhaft. Und das im Zeitalter der Paarungspolitik!

Versuche an Singerrichteten. Aus Newyork wird berichtet: An sieben zum Tode Verurteilten, die im Singing-Gefängnis der Einrichtung entgegenstehen, will Dr. George F. Shrady, der Totenschauer der Stadt Newyork, Versuche machen, durch die festgesetzt werden soll, ob Verbrecher, die durch den elektrischen Strom hingerichtet worden, durchbare Qualen erleiden, bevor sie tot sind. Dr. Shrady ist fest überzeugt, daß die Hinrichtung durch Elektrizität eine unmenschliche Grausamkeit ist. Er behauptet, daß die elektrischen Schläge nicht den Tod herbeiführen, und daß dieser erst bei der Sektion durch die Ärzte eintritt. Nach seiner Meinung ist es in fast allen Fällen möglich, Personen, die dem elektrischen Strom im Singing-Gefängnis unterworfen wurden, wieder zu beleben, und er führte an, daß in einigen Fällen, in denen diese Wiederbelebung tatsächlich stattgefunden hat, die Personen grauliche Schilderungen des Todeskampfes bei Anwendung der Elektrizität gaben. Ein Fall ist zu seiner Kenntnis gekommen, in dem ein Verbrecher, ein gewisser W. G. Taylor, nach dem elektrischen Schlag wieder zu sich kam und dann durch Chloroform getötet wurde, in dem die Ärzte ihn niederhielten, während das Veräubungsmittel angewandt wurde. In dem Fall eines gewissen William Kemmler wurde der Körper, nachdem der erste Schlag keine tödliche Wirkung getan, das zweitemal grauhaft verbrannt, und selbst dann noch zeigte er Lebenszeichen, als die Ärzte das Gehirn sezerten. Den bevorstehenden Hinrichtungen will Dr. Shrady nun beiwohnen und nachdem die Delinquenten von den Gerichtsbehörden für tot erklärt sind, will er Versuche an ihnen machen, um zu zeigen, daß sie wiederbelebt werden können. Wenn ihm dies gelingt, so wird die wahrscheinliche Folge die Abschaffung der elektrischen Hinrichtung im Staate Newyork sein.

Verhaftung eines Mädchenhändlers. Aus Kaposvar (Ungarn) wird gemeldet: Auf dem hiesigen Bahnhof fiel dem diensthabenden Beamten ein elegant gekleideter Mann auf, der in Begleitung von drei hübschen Mädchen war. Der Mann wurde zur Ausweisleistung angehalten. Er heißt

Karl Osnick und gab an, der Besitzer einer Dienstvermittlung zu sein. Es wurde jedoch festgestellt, daß Osnick, der aus Krakau stammt, einer der gefährlichsten Mädchenhändler ist. Osnick wollte die drei Mädchen, die aus der Umgebung von Kaposvar stammen, nach der Türkei bringen. Er wurde in Haft gehalten.

Schmutzige Bibeln als Legitimationspapiere. In den östlichen Grafschaften Englands werden seit einiger Zeit alte Bibeln äußerst stark gefragt. Je älter diese Bibeln aussehen und je schmutziger sie sind, desto begehrter sind sie auch. Da es in England bekanntlich keine polizeiliche Anmeldung gibt, stoßen die Behörden manchmal auf Schwierigkeiten, wenn es gilt, das Alter gewisser Personen nachzuweisen. Handelt es sich dann um Gewährung von Alterspensionen, so hat dies seine Schattenseiten. Nun haben viele Leute als Beweis für ihr Alter, besonders in ländlichen Gegenden, den Beamten, welche diese Dinge zu regeln haben, ihre Bibel vorgelegt, um aus der Jahreszahl des Erscheinens derselben ihr Alter nachzuweisen. Sogleich entwickelte sich hieraus wieder ein schwindehafter Handel mit alten Bibeln, aus denen die Titelseiten mit der Jahreszahl herausgerissen wurden und aus deren schmutzigem Aussehen der Beweis für das Alter angetreten wird.

Hochzeitsgäste gesucht. In den „Dresdener Nachr.“ war dieser Tage folgendes Inserat zu lesen:

Zur Beteiligung an einer am 28. d. Mts. stattfindenden Hochzeitfeier werden infolge Personmangels noch zwei oder drei gebildete bessere Herren im ungefähren Alter von 25 bis 35 Jahren gesucht. Gewünschte Bousquets werden gestellt, daher für Beteiligte kostenlos. Erscheinen am Dienstag abends zur Vorfeier ebenfalls erwünscht. Gefällige Adressen unter „T. 2707“ an das Adresscomptoir.

Was man nicht schon alles auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege des Inserats sucht! Nun werden gar schon Hochzeitgesellschaften mittels einer Annonce zusammengestellt! Die drei „gebildeten besseren Herren“ werden der Ehe, die ihnen zwei kostenlose Hochzeitzeiten verschafft, noch das an Heiligkeit ausdrücken, was ihr sonst gefehlt hätte.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübeker Marktpreise vom 28. Oktober.
 Bayern-Butter Pfd. 1,25-1,30 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,40-1,45 Mk., Hasen 3-3,50 Mk., Enten 3-3,50 Mk., Hühner 1,60-2,20 Mk., Küken Stk. 1,40-1,60 Mk., Lauben Stück 0,50-0,60 Mk., Gänse Pfd. 70-75 Pf., Fliedgans 2 Mk., Schinken Pfd. 1,00-1,10 Mk., Schweinskopf Pfund 50 Pfg., Würst Pfd. 1,25-1,30 Mk., Eier 6 Stk. 60 Pfg., Heringe 4 10 Pfg., Dorsche genügend, Süßwasserfische genüg., Karpfen Pfd. 1 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00-2,00 Mk., Schleie Pfd. 1,40-1,60, Brachsen Pfd. — Pfg., Sechte Pfd. 60-70 Pfg., Barsche Pfd. 60-70 Pfg., Aal Pfd. 0,80 Mk., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend. Blumenkohl, d. Kopf 0,20-0,30 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Kapsel, verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Kraumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Kartoffeln pr. 10 Liter 50-60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk., Mand Pfd. — Pfg.

Getreidepreise.
 Lübeck, 28. Oktober.
 Weizen, 115-128 Pfd. holl. 170-193 Mk., Roggen 115-123 Pfd. holl. 150-167 Mk., Gerste, nach Qualität 160-175 Mk., Safer, nach Qualität neuer 150-167 Mk., alter 170-180 Mk. per 1000 Kilo.

Butter-Motierungen
 b. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
 Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
 Hamburg, 28. Oktober.
 1. Klasse 126 Drittel zu 134.— Pf. im Durchschnitt.
 2. „ 16 „ 125,18 Pf.
 19 Drittel unverkauft.
 Sternschanz-Viehmarkt
 28. Oktober.
 Der Schweinehandel verlief ruhig.
 Zufgeführt wurden 540 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Yorlandschweine schwere 66-67 Mk., leichte 65-66 Mk., Sauer. 58-64 Mk., Ferkel 60-64 Mk. pro 100 Pfund.

Literarisches.

Der **Freigedankten-Kalender** ist zum dritten Male erschienen, auf das Jahr 1909, und übertrifft seine beiden schon so sehr interessanten Vorgänger noch an Reichum und Originalität des Textes und Bilderschmuckes. Wieder hat der Herausgeber, Professor Karl Theodor Gaedert, aus dem Leben und Schaffen des Verfassers der „offen Kamellen“ eine Fülle fesselnder neuer Beiträge zusammengestellt, die einen außerordentlich unterhaltenden Lesestoff gewähren und trefflich illustriert sind. Meisters bisher ungedruckte Briefe an seinen besten Freund, Ökonomenrat Freig Peters, von 1847 bis 1874, atmen goldenen Humor; sie schildern zuerst des Dichters Kur in der „Wasserkunst“ so drastisch und plastisch, daß man aus dem Lachen nicht herauskommt; wir haben hier das Modell zu Inspektor Wraggs Beschreibung in der „Stromtid“. Die späteren Freundschaftsbriefe offenbaren ein tiefes Gemüt und bringen neue sympatische Mitteilungen über das Ergehen und die Erfolge des niederdeutschen Klassikers. Ungemein reizvoll sind auch die Episteln von „Unsig“ als Braut und Gattin; ihr aufgefundenes Jugendporträt, von Meuter selbst gezeichnet, betrachtet man mit Entzücken. Von den einzelnen Essays verdienen die Jenaer Erinnerungen des flotten Brubers Studio und Wissenschaftlers hervorgehoben zu werden; bieten sie doch viel Unbekanntes von kulturhistorischem Wert und persönlicher Bedeutung, mit charakteristischen Anekdoten und Familienskizzen. Meuters Begeisterung für Schleswig-Holstein bekunden zündende, von Gaedert zutage-geförderte Kriegsklieder. Eine Perle der Erzählkunst ist die kleine Nachlassgeschichte: „Wie Spag und Lotting in ein Grafenschloß guden“. Erheiternd wirken die noch nie zuvor veröffentlichten hoch- und plattdeutschen Gelegenheitspoesien, unter denen das „Puppenpiel“ ein Meisterwerk burlesker Komik. Die Dieterichsche Verlagsbuchhandlung (Theodor Weicher) in Leipzig hat auch für diesen neuen Jahrgang des künstlerisch ausgestatteten Meuter-Kalenders den alten billigen Preis von 1 Mk. beibehalten, sehr zum Vorteil einer immer weiteren Verbreitung dieses volkstümlichen, rasch zu großer Beliebtheit gelangten Hausfreundes. Auf Bestellung wird dieser Kalender von der Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46, geliefert. Hoffentlich erfolgen recht viele Bestellungen auf dieses empfehlenswerte prächtige Buch.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
 Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co.
 Sämtliche in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübeker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübeker Volksboten“.

Leiden Sie an Herzklopfen? Dann trinken Sie Kathreiners Malzkaffee, der kein Koffein und auch keine anderen schädlichen Stoffe enthält.

Unserm Sporradgenossen **Ludwig Rieck**-Hakenburg zu seinem heutigen Wiegenfest ein bonnerndes Hoch. Wollt wie mal en lütten Schweizen? **F. B. und H. E.**
Ein Zimmer zu vermieten.
 Segebergstr. 11. III.
Ges. eine Wohn. im Preise b. 250 M.
 Ang. unt. C. H. an die Exped. d. Bl.

Gesucht
Frauen
 für die Braterei.
August Schumacher.
Gesucht sofort ein kleiner Knecht
 für leichte Arbeit.
J. Hamann, Adlarstr. 33 d.

Gesucht eine
saubere Waschfrau.
 Schwarzenauer Allee 59.
 Zu kaufen gesucht ein kleines Wohnhaus mit 2 Wohnungen.
 Ang. mit Preisang. u. S A an die Exped.
 Sonnabend und Sonntag
 in eine große
Ferkel
 billig zu verkaufen.
 Straupfers Gasthof, Schwartau.

Beerdigungsgeschäft C. Thiessen & Sohn
 Wahnstraße 79. :: :: :: :: Fernruf 1143.
 Übernahme sämtlicher Besorgungen. Ueberführungen nach und von auswärts.
 Eigene Transportwagen. - - - - auch Feuerbestattungen.

Pst!
 Versuchen Sie in Ihrem eigenen Interesse die Margarine-Marken „Siegerin“ und „Mohra“
 Sie finden keinen Unterschied gegen beste u. teure Meiereibutter u. fahren billiger dabei!
 Alleinige Fabrikanten:
 A. L. Mohr, Act.-Ges., Altona-Bahrenfeld.



Hansa-Automat
 Restaurant, Café mit Konditorei.
 Freitag, den 30. Oktober d. Jz.
Grosses Wohltätigkeits-Konzert
 zum Besten der Witwe Bürkopp, Weberstraße.
 Leitung: Kapellmeister Jacob.
 Anfang abends 7 Uhr. Eintritt 10 Pfg.

Fertige Särge
 und
Leichenwäsche
 zur sofortigen Lieferung.
Carl Weiss, Schwarzenauer Allee 193.

Holzschuhe
 bestes Fabrikat.
Holz pantoffel
 in allen Größen vorrätig.
 Obertrave 8. **Ludw. Hartwig.**

Rechnungs-Formulare
 liefert
 die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten.
 Billig!
 Mehrere neue Kommoden zu verkaufen
 Obertrave 25, I.
 Am Sonnabend und Sonntag steht in „Gerdis Hotel“ in Schwartau eine große Partie Lützenburger Ferkel zum Verkauf. Dieselben werden mit Garantie für alle Fehler verkauft.